

Holzarbeiter-Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M 1 pro Quartal, ohne Dringegeld.
Post-Nr.: 3470.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Elmsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate
für die viergespaltene Beischrift ober deren Raum 40
Vergütungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20
Versammlungsanzeigen 10 s. Beilagen nach Uebereinkunft.

Wohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zuzug ist fern zu halten von:
- Eisflüßern nach Bremerhaven (Seebeck's Werft), Freiburg i. S. (Regulatorgehäuse-Fabrik F. Gilmwald), Rabenau (Brüchner), Stolp i. P. (A. Schlawin und Gebr. Röhrer), Weikensee (Gödenberg), Mülheim a. d. Ruhr (Wilmmer);
- Eisflüßern, Drechsler u. Holzbearbeitungsmaschinen nach Betschau (Akt.-Ges. A. Lehntig);
- Drechsler nach Grimmitzschau (Mohlend & Pohlend), Posen (Wendig & Söhne);
- Partiebodenlegern nach Hamburg (Gebr. Merz, Grimm 32);
- Mobeltischlern nach Wegejad (Werft „Vulkan“);
- Einblumern und Polirern nach Wilkau i. S. (Krebs);
- Märktenmachern nach Berlin (Nordgauer & Co.).

Briefe aus dem Reichstage.

Der in den Schlussätzen meines letzten Briefes geschilderte Vorgang — die Auseinandersetzung des Genossen Heine mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes, wird bei der dritten Lesung des Etats noch ein Nachspiel haben. Der preussische Justizminister v. Schönstedt hat die Rede des Genossen Heine zum Anlaß genommen — „weit vom Schuß“ — im preussischen Abgeordnetenhaus von „groben Unwahrheiten“ und in hypochondrischer Form von „frechen Lügen“ zu reden. Die „Abrechnung“, wie sich Genosse Heine ausdrückte, soll bei der dritten Lesung des Etats erfolgen, da die Position Reichsjustizamt in zweiter Lesung bereits erledigt war, als Herr v. Schönstedt im preussischen Abgeordnetenhaus loskochte. Wir sind recht neugierig, ob Herr v. Schönstedt sich zu der angekündigten Liquidation einstellen oder es Herrn v. Nieberding überlassen wird, das Schuldkonto zum Ausgleich zu bringen. Ausreden gibt es in diesem Falle nicht. Der „Fälligkeitstermin“ der „Abrechnung“ ist frühzeitig und öffentlich zur Kenntnis des Volkes gebracht worden.

Endlich, „Okavio, es ist erreicht!“ Wahrheit soll das Versprechen werden, die Milliarde der Flottenvermehrungskosten auf die „tragfähigen Schultern“ auf die „oberen Zehnaufend“, abzuwälzen. Wir meinen das „Schaumweinsteuer-gesetz“. Durch die Besteuerung des ausländischen Schaumweins begünstigt, seit dem 1. Juli von M. 2,25 bis dahin M. 1,50 die Flasche, hat sich die deutsche Schaumweinindustrie rasch entwickelt. Sie weist bereits eine Jahresproduktion von 12 Millionen Flaschen auf. Die geforderte Steuer beträgt 60 s auf den durch Flaschengährung erzeugten Schaumwein, 40 s auf „imprägnirten“ und 20 s auf den aus Obstweinen hergestellten Schaumwein. Besterer ist an und in den Herstellungsorten Getränk des allgemeinen Bedarfs bei Familien- und Volksfesten geworden. Mit Recht wies der Genosse Schlegel darauf hin, daß man den aus Obstwein hergestellten „Sekt“ von der Besteuerung ausnehmen sollte. Denn was besagt der auf 5—6 Millionen Mark geschätzte Ertrag der Steuer bei dem Milliardenbedarf der Flottenvermehrung. Der Hinweis des Genossen Schlegel, daß, wenn man ernstlich die „tragfähigen Schultern“ hätte belasten wollen, man ein Reichseinkommensteuergesetz längst hätte einführen müssen, berührte hauptsächlich die „Steuererfinder“ im Zentrum recht unangenehm. Genosse Ehrhardt bezeichnete mit Recht die Zustimmung der Mehrheitsparteien als die Etikette auf den Flottenenthusiasmus. Charakteristisch war die Empfehlung des Staatssekretärs des Reichsschatzamt, die dieser dem Gesetzentwurf als Geleit mit auf den Weg gab. Er meinte: „Wenn der Deutsche das Bedürfnis fühlt, etwas drausgehen zu lassen, dann kommt es ihm auf diese 60 s auch nicht mehr an“. Wir wollen abwarten, ob die Flottenbegeisterung im deutschen Volk so stark ist, den „Sektikonjum“ trotz der geplanten Steuer zu steigern.

Im Wein liegt Wahrheit, sagt ein Sprichwort. An der Wahrheit desselben sind wir bei der Berathung des Gesetzes, den

Verkehr mit Wein und weinähnlichen Getränken betreffend, sehr starke Zweifel aufgestiegen. Wenn der „Stoff“, in dem die Wahrheit liegen soll, selbst nicht wahr ist, d. h. kein Wein ist, wo soll da die Wahrheit herkommen. Bekamen wir doch zu hören, daß ein Panscher der Natur so „zu Hülfe“ kam, daß er aus drei Stück Naturwein, Rosinen, Trester und Drusen, 140 Stück Wein „erzeugte“. Als ein verhältnißmäßig „sehr guter Mann“ wurde der Panscher noch angesehen, der, wie der andere Kunstausdruck in Panscherkreisen lautet: „Dem lieben Herrgott nur insoweit unter die Arme griff“, indem er sich damit begnügte, aus 40 bis 50 Stück Naturwein 100 Stück Wein herzustellen. In einem Prozeß wurde die Thatsache gerichtshuldig, daß der Angeklagte aus 6 Stück Naturwein und Trestern unter Zusatz von Wasser und Zucker 60 Stück „Wein“ herstellte. Loller kann doch mit der „Natur und der Wahrheit“ nicht umgesprungen werden. Einer, der vorgab, „es wissen zu müssen“, meinte einmal: „Die herrlichsten Gelfestunken und Gedankenblitze deutscher Poesie und Literatur seien zumeist in den Weinstellern geboren.“ Wenn man dieser Behauptung eine gewisse Berechtigung zugestehen muß, dann findet man den Schlüssel zu der „Seichtbeutelei“ auf der einen und dem „Wahnwitz des Uebermenschen-thums“ auf der anderen Seite, die sich beide auf dem Gebiet des geistigen Schaffens in behaglicher Breite blähen. In der Berathung wurde festgestellt, daß die jährliche Weinproduktion Deutschlands 2 200 000 Hektoliter beträgt. Das in den Handel gebrachte Produkt wird auf die sechsfache Menge geschätzt. Bei dem Genuß solchen „Geföfßs“ ist es nicht zu verwundern, daß dem Genuß die Wahnvorstellung kommt, völlig dem Verkehr mit Menschen entrückt zu sein, während dem Anderen es im Kopfe so bumm wird, als „ging ihm ein Mühlrad darin herum“. Vielleicht macht sich ein noch „nächtern“ gebliebener Autor an die verbrießliche Aufgabe, den Zusammenhang zwischen den Produkten des deutschen Geistes und denen der Weinpanascheret zu ergründen und festzustellen.

Was bei der „Weingeseßsmacheret“ herauskommen wird, vermag Niemand zu sagen. Eine scharfe Kellerkontrolle — städtische oder staatliche Kellereien will Niemand. Und wenn das nicht geschieht, wird es Gauner genug geben, die den Verus in sich fäulen, die „herrliche“ Gottesgabe „anzulängen“, wie der Kellertechnische Ausdruck lautet. Ist es doch der Chemie gelungen, völlig „analytensfeste“ Weine zu erzeugen, d. h. einen Kunstwein herzustellen, der, analysirt, genau dieselben Bestandtheile enthält, wie der Wein haben muß, für den der Kunstwein als erstes Naturprodukt ausgegeben wird.

In der weiteren Etatsberathung bot der Titel „Reichseisenbahnen“ dem Genossen Segitz wiederholt Gelegenheit, auf die Mangelhaftigkeit der betriebstechnischen Sicherheits-maßregeln aufmerksam zu machen. B. B. seien bereits Stuppelungssysteme im Gebrauch, die den in Deutschland noch gebräuchlichen weit überlegen seien, aus fiskalischen Gründen aber nicht zur Anwendung gelangten. Ebenso wies der Genosse auf die unzureichende Entlohnung der unteren Beamten und Arbeiter hin, sowie auf die diesen obliegende überlange Arbeitszeit. Treffend fertigte Segitz den Mühlhauser Großindustriellen Schlumberger ab, der sich dafür, daß vom Regierungss-tisch neulich seine Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen als muster-gültig bezeichnet wurden, erkenntlich zeigen wollte und sich als freiwilligen Regierungskommissar aufspielte. Auf die Bemerkung, daß es dankbar anzuerkennen sei, daß die Reichseisenbahnen 44 pZt. ihrer Einnahmen auf Entlohnung und Fürsorgeeinrichtungen verwendeten, replizierte Genosse Segitz dem „Schlumberger“ Schlumberger, daß seine „Schlumberger's“, Dienst-willigkeit als „freiwilliger Regierungskommissar“ noch nicht in „allen Sätteln“ gerecht sei. In der Postverwaltung würden z. B. 61,4 pZt. personell verwandt und doch gebe es Land-briefsträger mit M. 700—1000 Jahresgehalt. Hierauf hielt es Herr Schlumberger für gerathener, zu schweigen.

Bei der dritten Berathung des 2. Nachtragsetats, Chira-egpedition, die bewilligt wurde, verwahrte Genosse Debel sich und die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf, „die Ehre

Deutschlands verlegt zu haben“. Debel betonte: „Ueber das, was wir der Ehre Deutschlands schuldig und was wir zur Ehre Deutschlands zu thun haben, nehmen wir von keinem Menschen in diesem Hause, auch nicht vom Kriegsminister, Belehrung an.“

Die mehrere Sitzungen in Anspruch genommene Berathung der Post- und Telegraphenverwaltung kann als eine „gemüthliche“ bezeichnet werden gegenüber dem Ton, der die vorausgegangenen Berathungen charakterisirte. Fällt der Staatssekretär des Reichspostamtes nicht in die Rolle des „schneidigen Fusarenoffiziers“ zurück, was allemal geschieht, wenn eine „Mitade“ auf die verfrigte Sozialdemokratie „geritten“ werden muß, dann ist er der joviale und lordiale Herr, der für gegebene Anregungen dankt und Abhilfe verspricht, wenn sich die Sache machen läßt, ohne daß der „Kostpunkt“ in Betracht gezogen werden muß. Für unsere Behauptung hier gleich zwei Beispiele.

Gegenüber den Beschwerden des Genossen Singer über die Beeinträchtigung der Unterbeamten in Wahrung ihrer Interessen betonte Herr v. P o b b i e l s k i: „Ich will auf diese Sache nicht näher eingehen. Der Abgeordnete Singer wird versprechen, daß auf diesem Gebiete eine Verständigung zwischen uns und möglich ist.“

Die alte Klage, daß ältere Unterbeamte von Beamten der „höheren Karriere“ nicht selten angeschauzt werden, suchte der joviale Herr damit zu entkräften, daß er meinte, jeder Beamte habe das Recht, zu verlangen, daß bei der Anrede vor seinem Namen sein Titel genannt werde. Werde der Titel weggelassen, so sei der Betreffende mit „Herr“ anzureden. Wer das unter-lasse, begehe eine „Unverschämtheit“, die er, der Herr Staats-sekretär, mißbillige.

Die beiden Resolutionen zu diesem Etatsmittel, die in einem Nachtragsetat die Aufbesserung der Gehälter der Bureauassistenten und Kanzlisten fordern, sowie eine Abkürzung der diätarischen Dienstzeit ver-langen, wurden angenommen. Ob es etwas helfen wird, ist eine andere Frage. Daß der Bundesrath den Resolutionen nicht Folge geben werde, sucht Herr v. K a r d o r f f d a m i t z u e-rklären, daß die von den Sozialdemokraten geforderte Reichs-einkommensteuer Niemand wolle und das Reich auch keine Schulden machen solle. Und Besteres wagt der edle Herr zu behaupten, der 4 Tage vorher dem Reich 152 Millionen neue Ausgaben für die Chinaexpedition aufgehakt hat und Willens ist, den gleichen Betrag jedenfalls noch in dieser Session zu dem gleichen Zweck nochmals zu bewilligen. Oder meint Herr v. Kardorf, sein Bewilligungseifer fördere die „Schuldenmacheret“ des Reiches nicht?

Wie überall, so suchte der famose „Flottenverein“ durch seine Beischrift „Ueberall“ auch unter den Postbeamten Stimmung zu machen. Genosse Singer rügte das Vor-kommniß. Herr v. P o b b i e l s k i meinte, das sei ohne sein Wissen geschehen, was ihm auf's Wort geglaubt werden soll. Nicht geglaubt kann dem Herrn aber seine Behauptung werden, der Flottenverein sei kein „politischer Verein“. So viel Naivität hätten wir selbst Herrn v. P o b b i e l s k i nicht zugezraut.

Bei dem Etat der Reichsdruckerei regte der „Silber-mann“ A r e n d t a n, den „Reichsanzeiger“, der in der Druckerei der Nordd. Allg. Ztg.“ hergestellt wird, in der Reichsdruckerei zu drucken. Es war die Furcht vor „frühzeitigem“ Bekannt-werden von Dingen, deren Geheimhaltung bis zur Stunde der Veröffentlichung erwünscht sei. Der Herr fand aber bei Herrn v. P o b b i e l s k i keine Gegenliebe. Skeptisch meinte der Herr, er werde nur dann der Sache näher treten, wenn er von dem Herrn Reichszanzler direkten Auftrag dazu erhalte. Nun weiß Herr Arendt, an wen er sich zu wenden hat.

Es war vorgeesehen vom Seniorenlombent des Reichstages, daß vor den Osterferien Schwerinstage nicht mehr abgehalten werden sollten. Bedingt war die Maßregel durch die rechtzeitige Fertigstellung des Etats. Da die Budgetkommission ihre Arbeiten

aber noch zu fördern hat, sind derselben zwei Tage ausschließlich durch den Ausfall der Plenarsitzungen geschaffen und dem Reichstage die Bemühtung, einen Schwerinstag abhalten zu können. Auf der Tagesordnung stand Aufhebung der Theaterzensur und der Antrag des Zentrums, betreffend Zahlung von Diäten und freier Fahrt auf den Eisenbahnen für die Abgeordneten.

Der erste Gegenstand, obgleich seine Verabhandlung das Finale einer abgebrochenen Verhandlung war, kam nicht zur Erledigung, da die Abstimmung durch „Hammelsprung“ die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab. Trotzdem war die Verhandlung reich an dramatischen Zwischenfällen.

Der „alte Tyrker“ Träger ging mit jugendlicher Frische ins Feuer. Er übte über die Furcht, die Kunst konnte aufreißend wirken. Die „freien Volksbühnen“ führten Björnsöns „Meber unsere Kraft“ auf. Trotzdem der Dichter im 3. Akt eine ganze Fabrikantengesellschaft in die Luft fliegen lasse, sei das Publikum stets ruhig in die Garderobe gegangen, als ob nichts vorgefallen sei. Dem Einwand, einzelne Stücke hielten nicht Stand vor dem Sittentode, begegnete der Redner mit der Feststellung der Tatsache, daß manches „junge Mädchen“ die Schwester oder Mutter in einem Aufzug zum Walle gehen sieht, der auf der Bühne für unsittlich gehalten würde.

Herr Dr. Müller rechnete mit Herrn Rheinbaben und v. Karborff ab. Des Letzteren Alter und langjährige Angehörigkeit zum Reichstag halte ihn nur ab, mit „gleicher Münze“ hinzuzuzählen. Den Schlußreden der „Rechten“ antwortete Herr Müller treffend: „Sie sind hier nicht im preussischen Abgeordnetenhaus, wo Sie ihnen können was Sie wollen.“ Genosse Singer hatte Tags vorher schon die „Rechte“ treffend abgefertigt, indem er meinte: Wenn die Herren Thierstimmen nachahmen, dann behänden sie, wo ihr gewöhnlicher Aufenthalt ist.

Um 4 Uhr beramte der Präsident die zweite Sitzung an, in der der Diätenantrag verhandelt wurde. Selbst ein Teil der Konservativen stimmte für denselben. Die Verweisung des Antrages an eine Kommission erfolgte einmütig, nur Fürst Bischoff stimmte dagegen. Auch gegen den Vorwurf, in der Kommission den Versuch zu machen, das Wahlrecht zu verschlechtern, verwahrten sich die Konservativen mit dem Hinweis auf: „Nein, bei dieser Gelegenheit nicht“. Das glauben wir den Herren gern, daß sie bei der derzeitigen, durch die beschwerliche Erhöhung der Getreidepreise sich stetig steigenden Volksgährung nicht riskieren, noch mehr „Bündstoff in die Massen zu werfen“. Genosse Webel konnte darauf hinweisen, daß die Nichtzahlung der Diäten in Bezug auf die Sozialdemokratie das Gegenteil von der beabsichtigten Wirkung erzielt habe.

Auch die Diätenbehalte hatte eine dramatische Szene. Auf eine bespöttelnde Äußerung des Abgeordneten Müller-Sagan stellte der Herr Präsident fest, daß die verbündeten Regierungen immer Vermunft haben, was den Abgeordneten Hausmann schlussfolgern ließ, daß dann die verbündeten Regierungen dem Antrag zustimmen würden.

Damit war der erste Akt geschlossen.

Aus der skandinavischen Holzarbeiterbewegung.

Dänemark.

In dem letzten Quartalsbericht des dänischen Tischlerverbandes bemerkten wir einen recht beachtenswerten Artikel über die Frage „ob ein dänischer Holzarbeiterverband gegründet werden soll“, von E. Christiansen, Geschäftsführer des dänischen Tischlerverbandes. Wie bekannt besteht bis jetzt in Dänemark kein einheitlicher Holzarbeiterverband, wohl aber Zentralverbände der verschiedenen Zweige der Holzindustrie. Diese sind also Spezialverbände, aber als solche Zentralorganisationen und haben bis dato ihre Aufgabe in einer hervorragenden Weise zu erfüllen gesucht. In diesen Fachorganisationen haben sich die dänischen Holzarbeiter gesammelt und die errungenen Siege im Kampf gegen das Ausbeutertum zeigen zur Genüge, daß wir es hier mit einer gut organisierten und wohldisziplinierten Arbeiterkategorie zu thun haben. Dies bildet auch den Ausgangspunkt des betr. Artikels. Der Verfasser hält die Methode, nach welcher die Organisationsarbeit in Dänemark geführt worden ist, für eine ausgezeichnete und er glaubt, daß man bei uns in Deutschland sowie in den anderen Nachbarländern bedeutend weiter vorschreiten wäre, wenn man die Organisation auf derselben Grundlage aufgebaut hätte. Aber, sagt er, deshalb, daß eine Methode früher gut gewesen, ist es keinesfalls sicher, daß sie es für immer bleiben wird, und zwar deshalb, weil die Organisationen in ihrer Form und Thätigkeit, ebenso wie alles Andere, dem Gesetz der Entwicklung unterworfen sind.“ Des Weiteren führt er aus, daß durch die Ausübung seines Erwerbs der Holzarbeiter oft in Verbindung mit anderen Gewerbetreibenden derselben Industrie kommt, z. B. der Tischler mit dem Schmied, dem Zimmerer usw. und daß hierdurch leicht Beziehungen entstehen, daß deshalb schon oft Verhandlungen zwischen den verschiedenen Organisationen geführt worden sind, um festzustellen, was die eine oder andere Arbeit auszuführen habe u. Aus dem Schweden wird nun die Frage aufgeworfen, ob die Zeit schon reif wäre dafür, einen einheitlichen Holzarbeiterverband zu gründen, auf derselben Basis wie in Norwegen, Schweden und Deutschland solche bestehen. Die Hauptfrage

drehte sich vor allen Dingen darum, ob dies sich machen ließe ohne das Risiko, daß man die Vorteile verlieren würde, welche die Spezialorganisationen ihren Mitgliedern bieten. Der Verfasser ist der Ansicht, daß dies nicht der Fall sein würde, sondern daß, gut organisiert, wie die Arbeiter in fast jedem Fach sind, sich mit einer solchen Organisation noch größere Vorteile erringen lassen. „In den Städten“, schreibt er Seite 9, „sind fast sämtliche Berufsausübter organisiert, uns liegt aber die Pflicht ob, dieselben auf dem Lande zu organisieren, wer soll aber dieselbe erfüllen?“

Ein einzelner Verband kann sich diese schwere Aufgabe nicht aufbürden; hier müßte ein einheitlicher Zentralverband einspringen. Aber vor Allem ist ein solcher vom finanziellen Standpunkte aus erwünscht. Er würde besser, als es bisher geschah, die Kontrolle ausüben können, daß die getroffenen Verabredungen innegehalten werden, weil er finanziell leistungsfähiger wäre, seine Verwaltung würde billiger sein, da die angestellten Beamten leicht einen Einblick in die Verhältnisse der einzelnen Berufe bekommen würden. Dies wäre ein Teil der Gründe für eine einheitliche Holzarbeiterorganisation in Dänemark, bemerkte der Verfasser zum Schluß, indem er an die Mitglieder die Aufforderung stellt, sich dazu zu äußern.

Wir, für unseren Teil, können in dieser Frage dem Verfasser nur beipflichten; wir erkennen den Ausgangspunkt seiner Ausführungen wohl an, denn gut organisiert, wie die verschiedenen Spezialorganisationen dort sind, wäre die erste Grundbedingung für eine einheitliche Holzarbeiterorganisation gegeben. Aber auch nur von diesem Standpunkte aus können wir mit dem Verfasser die Gründung einer solchen empfehlen.

Schweden.

Hier werden seit einiger Zeit eine Reihe von Kämpfen geführt, wovon der Streik der Möbelkünstler in Gothenburg, der in diesen Tagen beigelegt sein soll, die größte Bedeutung zu haben scheint. Wir entnehmen dem „Arbeiter“, Organ des schwedischen Holzarbeiterverbandes, folgende wichtigere Data aus diesem Kampfe.

Der Kampf, der ungefähr 13 Wochen geführt wurde, ist dadurch entstanden, daß die Meister den Tarif von 1899 zum 1. August d. J. kündigten. Die hauptsächlichsten Bestimmungen hierin waren: ein garantierter Stundenlohn von 35 Öre bei 59 Stunden Arbeit pro Woche, sowie Schlichtung vorkommender Streitigkeiten durch Kompromiß. Die Kündigung, die ohne jegliche Motivierung erfolgte, führte dann, als die Arbeitgeber sich weigerten, irgend etwas in ihren Forderungen nachzugeben, (u. A. forderten sie: Aufhebung jeglicher Garantie eines Minimallohnes bei Akkordarbeit; auch wollten sie durch einen Paragraphen den Arbeitern das Koalitionsrecht streitig machen), zum Streik der Arbeiter in drei Werkstätten am 28. August, worauf die Arbeitgeber am anderen Tage mit Aussperrung sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder antworteten. Die Aussperrung dauerte bis zum 16. Oktober, da die Arbeitgeber dieselbe für aufgehoben erklärten und in den Zeitungen nach neuen Arbeitern inserierten, worauf die Arbeiter mit Blockade antworteten. Hierauf kam man zur Unterhandlung, jedoch ohne Resultat, da die Arbeitgeber an dem „Bereinsparagrafen“, der eine Einschränkung der Koalitionsfreiheit bedingt, festhielten. Der Kampf wurde dann fortgesetzt und ist jetzt mit vollständigem Siege der Arbeiter beendet. Die Arbeit wurde am 19. November wieder aufgenommen. Auch in Upsala brach am 8. September ein Streik der Möbelkünstler aus, wobei die Arbeiter 35 Öre Minimallohn forderten, sowie 25 pZt. Erhöhung bei Akkordarbeit und eine 59stündige Arbeitszeit pro Woche. Als die Arbeitgeber aber die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen wollten, wurde der Kampf unverweillich und dauert unverändert fort. E. Br.

Innungsschiedsgerichte

sind nicht befugt, bei Klageanbringung Kostenzuschuß zu erheben, entschied die königliche Kreishauptmannschaft Zwidau.

Am 20. Dezember d. J. erhielt der Gesellen-ausschuß der Tischler-(Zwangs-)Innung vom Rath der Stadt Zwidau folgende Entscheidung:

An den Zwidau, den 18. Dezember 1900. Gesellen-ausschuß der Tischlerinnung (Hrn. Abgesellen Höfer), Hier. In Sachen der Aufstellung eines revidierten Nebenstatuts für das Schiedsgericht der Tischlerinnung (Zwangsinnung) zu Zwidau wird dem Gesellen-ausschuß genannter Innung beigelegt eine Entscheidung der unterzeichneten Aufsichtsbehörde der Innung in Bezug auf den vom Gesellen-ausschuß gegen die Bestimmung in § 7 dieses Nebenstatuts erhobenen Widerspruch zu fertigen. Zwidau, den 18. Dezember 1900. Der Rath der Stadt Zwidau (Gewerbeabtheilung). Wille.

Die Tischlerinnung (Zwangsinnung) zu Zwidau hat in ihrer legal berufenen und beschlußfähig gewordenen Versammlung am 29. Oktober d. J. ein revidiertes Statut für das Innungsschiedsgericht aufgestellt. An dieser Innungsversammlung hat der genannte Gesellen-ausschuß vollständig teilgenommen, jedoch zunächst gegen § 7, der die Hinterlegung eines Kostenvorschlusses bei einer Klageerhebung, und zwar in Höhe bis zu M. 3, vorseht, und sodann gegen den gesamten Statutenentwurf gestimmt, obwohl weitere Einwendungen wider das Nebenstatut in der Einzelberatung nicht erhoben worden sind.

Der Verfassung der Zustimmung zu § 7 des Nebenstatut-entwurfs seitens des Gesellen-ausschlusses kann von aufsichts-wegen eine Berechtigung nicht anerkannt werden und es wird

deshalb gemäß § 95 letzter Absatz der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1897 die fehlende Zustimmung hierdurch ergänzt.

Weber in dem die Innungsschiedsgerichte betreffenden Abschnitte der Gewerbeordnung, noch in dem Gesetze, betreffend die Gewerbeurtheile vom 29. Juli 1890, befindet sich eine Bestimmung über die Unzulässigkeit der Erhebung eines Kostenvorschlusses. Die Möglichkeit der Erhebung eines Kostenvorschlusses muß dem Innungsschiedsgericht gewährt werden, um einer frivolen Klageführung begegnen zu können.

Andererseits bietet auch die Höhe des zur Erhebung vorgeesehenen Kostenvorschlusses keinen Grund zur Beanstandung, da nur ein Höchstbetrag von M. 3 in Frage kommt, die Kosten für Berufung und Abhaltung einer Schiedsgerichtssitzung aber der Innung einen Aufwand von mindestens dieser Höhe verursachen können.

Bei der angenommenen geringen Höhe des Kostenvorschlusses ergibt sich von selbst, daß derselbe je nach der Höhe des Klageobjektes gegebenen Falles entsprechend niedriger erhoben werden würde. Immerhin dürfte aber auch die Festsetzung der Höhe des Kostenvorschlusses geeignet sein, der Anbringung von vorüberherein ausichtsloser Klagen zu begegnen.

Der Gesellen-ausschuß war hiernach mit seinem Widerspruch gegen die Bestimmung in § 7 des revidierten Nebenstatuts für das Innungsschiedsgericht abzuweisen.

Zwidau, den 18. Dezember 1900.

Der Rath der Stadt Zwidau.

Wille.

Gegen die Entscheidung erhob der Gesellen-ausschuß am 1. Januar 1901 Beschwerde bei der königlichen Kreishauptmannschaft. Am 8. Februar d. J. erhielt derselbe folgende Entscheidung:

Zwidau, den 4. Februar 1901.

An den Gesellen-ausschuß der Tischler-(Zwangs-)Innung zu Zwidau (zu Händen des Herrn Tischler Johann Höfer) in Marienthal.

Auf Ihre Eingabe vom 1. vorigen Monats an die königliche Kreishauptmannschaft, den Kostenzuschuß bei Klageerhebung in Innungsschiedsgericht Angelegenheit betreffend, hat dieselbe uns eine Verordnung zugehen lassen, welche Ihnen hierdurch in Abschrift zugehelt wird.

Der Rath der Stadt Zwidau.

Eing. 28. 1. 01.

Reil.

Zwidau, den 17. Januar 1901.

Die königliche Kreishauptmannschaft in kollegialer Zusammen- setzung hat diejenige Beschwerde, welche der Gesellen-ausschuß der hiesigen Tischler-(Zwangs-)Innung in dem anliegenden zu den Instanzgatten zu nehmenden Immediateneingabe vom 1. dieses Monats gegen die Entscheidung des Stadtraths vom 18. vorigen Monats, Blatt 10 fg des Verlagsaktenbuchs T. fristgemäß ein- gewendet hat, nicht für unbeschäftigt finden können.

Nach den Vorschriften des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbeurtheile vom 29. Juli 1890, welche in Ermangelung anderer Bestimmung auf die Innungsschiedsgerichte analog anzuwenden sind, kann ein Kostenzuschuß nur im Falle des § 344 (jetzt § 379) der Zivilprozessordnung gefordert werden. Von diesem Fall abgesehen, befinden sich irgend welche Bestimmungen, nach welchen ein Kostenzuschuß beim Gewerbeurtheil erhoben werden könnte, in dem fraglichen Gesetze nicht, während andererseits die Kosten- und Gebührenfrage daselbst eingehend, zum Teil unter Ausnahme und fast wörtlicher Wiederholung von Bestimmungen des Gerichtskostengesetzes nach der Novelle vom 29. Juni 1881, zum Teil unter Hinweis auf einzelne Paragraphen dieses Gesetzes, welche ausdrücklich für anwendbar erklärt sind und unter denen sich § 81 desselben nicht befindet, geregelt ist. Hiernach ist aber anzunehmen, daß der Gesetzgeber mit der vorerwähnten Ausnahme die Erhebung eines Kostenvorschlusses beim Gewerbeurtheil und damit beim Innungsschiedsgericht überhaupt nicht gemollt hat. Auch kann die Erhebung eines solchen im Statut bezw. Nebenstatut nicht vorgeschrieben werden. Dasselbe würde dann eben eine Abänderung der betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 29. Juli 1890 enthalten. Im Uebrigen erscheint es aber auch vom sozialen Standpunkte aus nur angezeigt, die Rechtsverfolgung vor den Innungsschiedsgerichten nicht durch Abforderung eines Kostenvorschlusses bei der Klageanbringung zu erschweren und ist dies um so mehr, selbst wenn thatsächlich zuweilen frivole Klageerhebung unterlaufen sollte, angängig, als ja nach § 88 Abs. 3 der Gewerbeordnung für das Innungsschiedsgericht, wie dies auch in § 15 des vorgelegten Entwurfs des betreffenden Nebenstatuts bestimmt ist, die Möglichkeit gegeben ist, die Verurteilung zur Erstattung eines in die Innungskasse fließenden Gebührensatzes im einzelnen Falle auszusprechen.

Die Bestimmungen in § 7 des Entwurfs zum revidierten Nebenstatut, betr. das Schiedsgericht der Tischlerinnung hier vom 1. Oktober d. J. über die Hinterlegung eines Kostenvorschlusses bei Klageerhebung, ist daher wieder in Wegfall zu bringen.

Die königliche Kreishauptmannschaft. gez. Dr. Forker-Schubauer.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: Die ehrbare Tischler-(Zwangs-)Innung und mit ihr der Rath der Stadt Zwidau sind mit ihrem gegen die Arbeiter gerichteten Vorgehen ganz böß hineingefallen.

Hundschau.

Von der südbischen Streikpostenverordnung. Bekanntlich hat nicht bloß Genosse Wollenbühr, dessen Prozeß jüngst vor dem Reichsgerichte verhandelt wurde, sondern auch Genosse Huth in der „Brandenburger Zeitung“ zur Ueber-tretung der ungültigen Streikpostenverordnung aufgefordert. Die erste Instanz sprach ihn in Anerkennung der Ungültigkeit frei, dagegen legte der Staatsanwalt Berufung ein. Nun hat die Strafkammer in Potsdam dem Genossen Huth mitgeteilt, daß der Termin wider ihn nicht stattfindet, da der Staats-anwalt seine Berufung gegen das freisprechende Urtheil zurück-genommen habe.

Der Rückzug ist nun vollkommen.

Fürsorge für die Arbeitslosen und Arbeitslosen-zählung. Unsere Genossen Rath und Birk haben im

Gemeindefolkollegium zu München folgende Anfrage eingebracht: Unterzeichnete stellen die Anfrage an den Magistrat, welche Maßnahmen er zu treffen gedenkt, um der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit möglichst zu steuern durch Ausführung von Noth- handarbeiten zc., bezw. ob er eine ähnliche Kalamität, wie sie gegenwärtig herrscht, künftighin durch rechtzeitige Inangriffnahme von sogenannter Winterarbeit hintanhalten will? Zugleich er- suchen die Unterzeichneten den Magistrat, ob er es nicht für wünschlich erachtet, umgeben eine Arbeitslosen- zählung durch das städtische Arbeitsamt, wie das in Stuttgart ge- schieht, vornehmen zu lassen? Die Anfrage wird dem Magistrat mitgeteilt."

Vorkehrungen gegen die Arbeitslosigkeit trifft man in Bayern. Das Ministerium des Innern wies sämtliche Kreisregierungen an, angesichts der sich verschärfenden Geschäfts- lage das Augenmerk der staatlichen und gemeindlichen Organe darauf zu lenken, wie möglichst viele Gelegenheiten zum Ver- dienen zu schaffen seien. Es sei für die Beschleunigung von Straßen- und sonstigen Arbeiten zu sorgen. Das Gleiche soll den Gemeindebehörden der größeren Städte nahegelegt werden; es seien einheimische Arbeiter zu be- vorzugen.

Innungstatistisches. Im Bezirk der medlen- burgischen Handwerkskammer bestehen zur Zeit 610 Innungen, 429 in Mecklenburg-Schwerin und ungefähr 80 in Mecklenburg-Strelitz, ferner 28 Gewerbevereine in Mecklenburg- Schwerin und 2 in Mecklenburg-Strelitz, sowie 6 Uhrmacher- vereine in Mecklenburg-Schwerin und 2 freie Vereinigungen von anderen Handwerkern, so daß im ganzen 647 Korporationen bei der Wahl der Handwerkskammer theilhaftig waren. Unter den Innungen sind nur 6 Zwangsinnungen. Bei 10 Handwerkszweigen sind die Innungen zu Landes- verbänden vereinigt. Den Innungen gehören 9568 Hand- werksmeister als Mitglieder an und sind bei denselben im Ganzen 10 000 Gesellen beschäftigt. Der Innung nicht angehörende Meister giebt es 2265, von denen etwa 800 den Gewerbevereinen angehören. Bei den Innungen ausgeschrieben wurden 4200 Lehrlinge. Bei keiner Innung sind 508 Lehrlinge. Im ganzen Deutschen Reich sind 62 Handwerks- und 8 Gewerbe- kammer eingetragelt.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

11. Gau. Vorort Erfurt.

Der Gauvorstand hat sich in folgender Weise zusammengesetzt: Vorsitzender: Johannes Schröder, Neuerbe 49a; Kassirer: Max Nitz, Warbargasse 18; Schriftführer: Gustav Noebde, Weinmischstr. 48; Beisitzer: Herrn. Papppe und A. Hesse. Alle Beschlüsse sind an Johannes Schröder zu richten. S. A.: G. Noebde.

14. Gau. Vorort Hannover.

Bericht und Abrechnung für das 2. Halbjahr 1900. a) Geschäftsbericht.

Im Berichtsjahr fanden statt: 88 Agitations- versammlungen, und zwar in den Orten Bredenbeck (1), Bockenheim (1), Nienburg (1), Uelzen (1), Münder (3), Hamel- springe (3), Hilbesheim (3), Peine (3), Celle (1), Hameln (1), Holzminden (1), Lauenförde (2), Vinden (3), Hannover, Holz- arbeiter (1), Stellmacher (2), Würstenmacher (1), Hainholz (3), Fischerhof (2), Einzelagitation wurde mit gutem Erfolg betrieben in den Orten Döhren, Büfelf, Laagen und Wunstorf. Lohnbewegungen fanden statt: in Hainholz bei den Gummiarbeitern. Die Bewegung endete mit einem vollen Erfolge für die in Frage kommenden Arbeiter. Anstatt der bisherigen 10stündigen Arbeitszeit wurde die 8stündige Arbeitszeit eingeführt, die Lohnabzüge, die einige Monate früher durchgeführt waren, wurden rückgängig gemacht, und bessere Ventilation und sonstige Vortheile wurden zugefanden. Dieser Erfolg war möglich ohne Arbeitsseinstellung, nur durch gute Organisation; sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen waren organisiert! — In der Möbelfabrik Mahlsieb & Deyer in Hannover-Dist., mit welcher schon im vorigen Halbjahre Differenzen durch einen mehrtägigen Streik ausgefochten wurden, sollte eine neue Fabrikordnung eingeführt werden; durch sofort von dem Gauvorstand eingeleitete Verhandlungen wurden die anstößigen Punkte seitens der Fabrikleitung beseitigt. — In der Norddeutschen Parkfabrik, Hannover-Entenfang, wurden bedeutende Abzüge und Einführung der Akkordarbeit seitens der Direktion versucht. Durch einen halbstündigen Streik, während welchem die Unterhandlungen gepflogen wurden, wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen. — In der Möbelfabrik Ed. Wellhausen, Hannover, sollte die Garantie des Wochenlohnes bei Akkordarbeit wegfallen. Die Kollegen legten einmüthig die Arbeit nieder; bei der dann ein- geleiteten Unterhandlung trat Herr Wellhausen von seinem An- sinnen zurück. — Ueber den Verlauf des Stöckarbeiter- streiks in Bettenhausen bei Kassel wurde der Gauvorstand nicht unterrichtet. — Kurz vor Jahreschluss stellten die Kollegen der Drechslererei Ilse & Co. in Uslar die Arbeit ein. Der Streik ist ohne Erfolg beendet. Der gute Mann beschäftigte neben neun Gesellen zehn Lehr- linge. Drei der dort beschäftigten Gesellen wurden zu Arbeitswilligen, so daß auf einen Erfolg nicht mehr zu rechnen war. — Im Dezember wurden seitens des Gauvorstandes mit der Direktion der hannoverschen Waggonfabriken Linden-Fischerhof Unterhandlungen betreffs Einführung der neunstündigen Arbeitszeit angeknüpft. Diese Unterhandlungen sind vor kurzem günstig zu Ende geführt. Es wurde die neunstündige Arbeitszeit bei dem Lohn für die frühere zehn- stündige eingeführt. Unsere Kollegen sind dort vorzüglich organi- sirt, doch kränkten sich die dort beschäftigten Metallarbeiter anfangs gegen die Neuierung, ja einige hörten auf, da sie nicht mehr zehn Stunden arbeiten sollten!

Außer Vorstehendem wurden in einer Reihe kleinerer Werk- stätten Differenzen zu unseren Gunsten beigelegt. Rassenrevisionen wurden in 3 Orten vorgenommen. Die Zahlstelle Behlheim hat sich zu Gunsten der Lutter- zahlstelle Kassel wieder aufgelöst. In der Agitation haben wir auch in diesem Halbjahre erfreulicher Weise bedeutende Erfolge zu verzeichnen. So in die Zahlstelle Hannover von 1200 Mitglieder auf 1520 Mitglieder

am Schlusse des 4. Quartals gestiegen, auch Münder und Hamel- springe haben bedeutend zugenommen, nur Lauenförde und Northeim gehen unaufhörlich zurück, es liegt dieses an der Laubzeit der dortigen Kollegen. Erwähnen wollen wir noch, daß wir zum ersten Male im Gau mit weiblichen Mitgliedern zu rechnen haben, und zwar hatten wir in Hannover am Schlusse des 4. Quartals 86, welche als Einzelmitglieder durch eine Vertrauensperson ihre Beiträge an die Hauptkasse entrichteten; der Zahlstelle Hannover dürften selbige sich nicht anschließen, da der Polizeipräsident, Graf v. Schwerin, hiermit nicht ein- verstanden ist.

Der letzte Gantag beschloß, eine halbjährliche Bewegungs- statistik aufzunehmen. Bis jetzt ist es jedoch noch nicht ge- lungen, von jeder Zahlstelle einen Fragebogen zurück zu erhalten. Wir haben in der letzten Zeit an die sämmtigen Verwaltungen wiederholt Fragebogen gefandt, aber immer noch keinen zurück erhalten, wodurch die Veröffentlichung bisher unterbleiben mußte. Vielleicht erinnern sich betr. Verwaltungen ihrer Pflicht, damit wenigstens zum Gantage das Material vorliegt.

Die Korrespondenz bezifferte sich auf 98 Eingänge und 107 Ausgänge, 8 Telegramme und 87 Druckfachen.

Bei der von der Zahlstelle Hannover vorgenommenen Wahl der Beisitzer im Gauvorstand wurden wiedergewählt die Kollegen Robert Scholz, Fr. Fieseler und Josef Haagemann, für den ausscheidenden Kollegen Pulsfort trat der Kollege F. Müller ein.

Briefe sind bis auf Weiteres an G. Deder, Beisitz. 17, Geldsendungen an Robert Scholz, Semmernstr. 21, zu richten.

b) Rassenbericht.

Table with financial data: Einnahme, Rassenbestand vom vorigen Halbjahr, Beiträge der Hauptkasse, Von einem Gönner, Münder, Rechnung der Hauptkasse, Burgdorf, Hannover, Peine, Ausgabe, Diäten und Fahrgebelter an Referenten, Für sonstige Reisen, Druckfachen und Inzerate, Porto und Schreibmaterial, Verwaltungskosten, Sonstiges, An die Zahlstelle Kassel, Bilanz, Einnahme, Ausgabe, Rassenbestand, Die Richtigkeit obiger Abrechnung bescheinigen Gust. Deder, Friedrich Fieseler, Alb. Wellde, Robert Scholz, Josef Haagemann, Hannover, 30. Januar 1901, Der Gauvorstand, S. A.: G. Deder.

20. Gau. Vorort Frankfurt a. M. Wie durch Zirkular an die Zahlstellen bereits mitgeteilt, findet die Konferenz am Sonntag, den 17. März, im „Weißen Saal“ in Darmstadt statt und beginnt Morgens 9 Uhr. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gau- vorstandes. 2. Unsere Taktik in der Krise. 3. Anträge der Zahlstellen. 4. Verschiedenes. Indem wir nun die Zahlstellenverwaltungen ersuchen, etwaige Anträge, sowie die Namen der gewählten Delegirten baldigt an uns gelangen zu lassen, bitten wir noch die Besten, auf der Konferenz pünktlich zu erscheinen. Frankfurt a. M., den 25. Februar 1901. Der Gauvorstand, S. A.: Paul Bräuner.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.) Aus Württemberg. Daß unsere Württlinger Kollegen am Orte sehr thätig sind, beweist die Zunahme der Mitglieder- zahl von 16 auf 40. Die Kollegen in der Möbelfabrik sehen immer mehr ein, daß auch sie zu unserem großen Bruderverband gehören. Aber auch die Umgegend wird nicht vernachlässigt. Erst kürzlich fand eine Versammlung in dem eine halbe Stunde entfernten Neudern statt, wo sich nach einem Vortrage des Kollegen Kasper acht Kollegen in den Verband aufzunehmen ließen. — In Ulm besuchte am 16. Februar Kollege Raub die Zahlstelle unversehrt. In der Zahlstellenversammlung machte sich eine starke Diskussion bemerkbar, bei welcher Gelegenheit Raub zweimal das Wort ergriff und sprach: Jetzt ist die Zahl- stelle 170 Mann stark, bis ich wieder komme, müssen es 200 sein. Die Kollegen versprochen auch, Alles zu thun, um die Zahlstelle noch mehr zu stärken. — In Södingen nahm Kollege Gönninger unterhohlt an der Generalversammlung im Auftrage des Gauvorstandes theil. Auch andere Zahlstellen dürften sich auf solche Ueberraschungen gefaßt machen. — In Gaislingen sind wir seit Jahren nicht über sechs Mitglieder hinaus- gekommen. Nun haben wir 17 Neuaufnahmen gemacht. Am 17. Februar sprach Kollege Raub über „Unternehmer- und Arbeiterverbände“. Er forderte die Kollegen auf, treu zur Sache zu halten, nicht nur heute dem Verbands beizutreten, um morgen wieder sähnenfüchtig zu werden. Kollege Preßmar erklärte, die Zeit, wo der Verband nur 10 000 Mitglieder stark war, liege nicht sehr weit hinter uns, heute zählen wir 78 000. Die Kollegen müßten dafür sorgen, daß diese Zahl noch vergrößert werde. Dieses Bestreben müssen die Kollegen des ganzen Gaues als Pflicht empfinden und dann geht es vorwärts. b. Auerbach. Die letzte Mitgliederversammlung der Zahl- stelle Auerbach schloß sich einstimmig der Liegnitzer Protest- resolutionsbewegung an. Dann lehnte sie ebenfalls einstimmig die Besoldung des Gauvorstehers ab und beschloß ferner die Fortführung von Diskussionsabenden, worauf wir unsere Mit- glieder noch ganz besonders aufmerksam machen.

Bayreuth. In einer bei Faust & Fröhlich ab- gehaltenen Werkstattversammlung kam es zu scharfen Aus- sprüchen seitens der Kollegen gegenüber dem Herrn Faust. Obwohl schon seit Jahren über die Verhältnisse in dieser Bude seitens der Ortsverwaltung und dem Gauvorstande verschiedene Male mit dem Inhaber Verhandlungen gepflogen worden sind und jedesmal Herr Faust die besten Versprechungen ge- macht hat, wird es von Tag zu Tag unermüdetlicher dort. Von einer Achtung seitens der Arbeiter gegen- über dem Herrn Faust kann überhaupt keine Rede sein, denn dieser Herr gebraucht seinen Leuten gegenüber Worte, die wir an dieser Stelle nicht wiedergeben wollen. Beschwert sich ein Arbeiter über irgend etwas, bekommt er die schroffe Antwort: „Wem's nicht paßt, kann gehen“. Bei der jetzigen Geschäfts- krise scheint der Herr Faust die Gelegenheit beim Schopfe nehmen zu wollen, denn er sagt zu seinen Leuten: „Ich kann gar nicht begreifen, daß zur jetzigen Zeit sich keine Schreiner anbieten“. Natürlich, daß er dann die Kollegen, die sich ihre Rechte wahren wollen, hinauswerfen kann. Aber Herr F., da haben Sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Wir gebieten hier Fall! Und dieser Herr F. bekommt keine Arbeiter mehr, bis er sich herbeiläßt, die gemachten Versprechungen zu halten und seinen Leuten den richtigen Wochenlohn und die richtige Behandlung garantiert. Denn wären die Akkorde besser bezahlt, so würden die Arbeiter auch nicht so viel Vorschußzahlungen nöthig haben, die sie dann immer abarbeiten müssen. Wir müßten also an dieser Stelle alle durchreisenden Kollegen darauf aufmerksam machen, diese Werkstatt zu meiden.

Berlin. Eine Versammlung des Deutschen Holzarbeiter- verbandes, Branche Parketbodenleger, Berlins und Umgend, tagte am 19. Februar im Gewerkschaftshaus. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Fritz Zubeil: Der Toleranzantrag des Zentrums, oder mehr Reichsgewalt, weniger Staatsgewalt. 2. Regelung der Arbeitszeit in der Parketbodenlegerbranche, Branchenangelegen- heit und Verschiedenes. Ueber den ersten Punkt der Tages- ordnung hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Zubeil einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde folgender Antrag an- genommen: „Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr und endet Abends 5 Uhr, einschließlich einer Stunde Frühstück- und einer Stunde Mittagspause; an den Vorabenden der Sonn- und gefestigten Feiertage ist um 4 Uhr Feierabend.“

Dortmund. Wie bei Eintritt der schlechten Geschäfts- konjunktur sich die Vernachlässigung der Organisation bitter rächt, mußten auch die Kollegen der Möbelfabrik Schuster & Düngel, hier, erfahren. Schon im letzten Sommer waren troß dem noch leidlichen Geschäftsgange die Akkordpreise herabgesetzt worden und auch sonst noch manche Uebelstände im Betriebe zu verzeichnen. Die Arbeiter, zu 16 Mann, suchten auf 2 nicht organisierte, ließen sich den Abzug gefallen, suchten den Lohn- ausfall durch Ueberstunden — sogar in der Mittagspause wurden solche gemacht — zu ersetzen. Jetzt, nach Neujahr, infolge der schlechten Geschäftslage und angeblich infolge ungenügender Kraft (Elektrizität) für die Maschinen, wurde die Arbeitszeit regulmäßiger und die Arbeiter sogar zum Feiern gezwungen. Eine nochmalige Reduzierung der Akkordpreise bis zu 20 pZt. und mehr für einzelne Arbeiten, wofür dann wohl das Holz verleimt geliefert wurde, und das Angebot eines Postens Preise Lehnbänke mit Trassen und geschweiften Füßen zum von M. 1 pro Stück (die Arbeiter verlangten das Doppelte), brachten die Kollegen dann zur Erkenntniß, daß es ihnen da nicht mehr möglich ist, einen Lohn zu verdienen, wie es hier zum Leben nothwendig ist. Sie kündigten deshalb sämmtlich am 21. Januar. Nun fanden die Kollegen den Verband. Es ließen sich sieben davon aufnehmen, verlangten aber, daß die Zahlstelle gegen die Firma vorgehen, event. die Sperre verhängen solle. Das Letztere lehnte die Lokalverwaltung ab, da keine Aussicht auf Erfolg war. Ein an die Inhaber des Geschäfts gerichtetes Schreiben zwecks Unterhandlung blieb unbeantwortet. So verließen denn die Kollegen ihre Plätze, die schon nach einigen Tagen wieder alle besetzt wurden, da auch hier ein großes Angebot von Arbeits- kräften vorhanden ist. Mit den Eingetretenen haben wir einmal Rücksprache genommen. Dieselben scheinen jedoch vorläufig froh zu sein, daß sie ein Unterkommen gefunden haben. Dieser Fall, mit seinen Einzelheiten, die hier nicht alle angeführt sind, zeigt den Kollegen, wie Noth es thut, die gute Zeit mit Hilfe der Organi- sation auszunutzen. Die Arbeiter hier im Industriebezirk dachten vor noch nicht sehr langer Zeit, es würden keine schlech- ten Verhältnisse eintreten und kümmernten sich um die Arbeiter- bewegung nicht. Heute müssen sie die Folgen ihrer Denkfaulheit spüren, wir zweifeln aber noch daran, daß dieselben jetzt end- lich lernen werden.

Dresden. Am Sonnabend, den 16. Februar, fand hier im „Kolosseum“ eine außerordentlich zahlreich besuchte Holz- arbeiterversammlung statt. Nach Jahre langem Bemühen war es endlich gelungen, unseren vielbeschäftigten ersten Verbands- vorsitzenden, Kollegen Klotz, in unserer Mitte zu sehen, welcher über: „Die Wirkung der Krise auf die Lage des Arbeiters“ referirte. Leider mußten die zahlreich erschienenen minderjährigen Kollegen den Saal verlassen, da, Dank unserem herrlichen Vereinsgesetze, die wohlthätige Behörde dieses Thema von vornherein schon ohne Weiteres als ein politisches be- zeichnete. Daß dieses Thema auch vom wirtschaftlichen Stand- punkt rein sozialpolitisch behandelt werden kann und der Referent es auch in dieser Weise zu besprechen beabsichtigte, scheint man sich höheren Orts nicht bewußt zu sein. Eine Beschwerde über diese Maßnahme wegen späterer Fälle erscheint unbedingt nöthig. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten seien in Folgendem kurz wiedergegeben: Vor zwei Jahren noch mußte ich über die Wirkung des flotten Geschäfts- ganges auf die Lage der Arbeiter reden, heute schon über die Wirkung der Krise auf die Lage der Arbeiter. Es ist das kein gutes Zeichen für unsere wirtschaftliche Ordnung. Durch Maßnahmen der Regierung und Behörden müßten Krisen im Allgemeinen ausgeschlossen sein. Daß sich die Arbeiter nach einem flotten Geschäftsgang sehnen und diesen mit Freuden begrüßen, ist nur zu begreiflich. Allzu große Hoffnungen dürfen sie aber auch nicht darauf setzen, die gebatenten Tauben fliegen ihnen nicht in den Mund. Wenn auch in den Handelskammerberichten zur Zeit des flotten Ge- schäftsganges konstatiert wurde, daß Arbeiter überall gesucht werden, so hat es doch Arbeitslose genug gegeben und die Unternehmer haben versucht, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Gewerbeinspektoren-Berichte berichteten von den hohen Dividen-

den der Aktiengesellschaften bei außerordentlich hohen Abschreibungen, von Ausdehnungen der Betriebe, aber nur selten haben die Ähne der Arbeiter eine kleine Steigerung erfahren. Im Gegenteil, es haben eine große Anzahl von Abwehrestreiks wegen Lohnverkürzung, Verlängerung der Arbeitszeit, unwürdige Behandlung der Arbeiter stattgefunden, die oft recht lange gedauert haben. Zur Zeit der Krise taucht die Frage der Notstandsarbeiten und des Rechtes auf Arbeit ständig auf. Schon 1894 ist vom Referenten auf dem Frankfurter Sozialen Kongress darauf hingewiesen worden, daß Notstandsarbeiten nur der äußerste Nothbehelf und dabei noch ein schlechter Nothbehelf seien. Ein Wechsel auf die Zukunft, da Arbeiten, die gemacht werden, in späterer Zeit erst nötig sind und dann fehlen. Statt Recht auf Arbeit läßt sich auch sagen, Recht auf Existenz durch Arbeit. Die französische Nationalversammlung wollte das Recht auf Arbeit gesetzlich festlegen, unbekümmert darum, ob in der Produktion Arbeit vorhanden ist. Herr Thiers hatte es verstanden als ein Recht auf Unterstützung und als solches sollte es nicht entzogen sein. Der Arbeiter weiß aber wohl einen Unterschied zu machen zwischen Unterstützung und Dem, was er durch reibliche Arbeit verdient. In Frankfurt erkannte man nur ein Recht auf Arbeit an, soweit bei der Produktion keine Arbeit vorhanden ist. Auch Bismarck sagte einst zum Schrecken der Verteidiger des Eigentums: „Geben Sie dem Arbeiter das Recht auf Arbeit!“ Wir haben eine andere Meinung vom Staate. Er hat nicht zu warten, bis die Krisis da ist und Hunderttausende brotlos werden, die Krisen nicht zu heilen, sondern zu verhindern zu suchen. Er darf nicht Weltpolitik treiben und sich in koloniale Abenteuer stürzen. Schon der Krieg der Engländer gegen die Boeren hat den Handel untergraben. Der englische Kaufmann läßt sich jetzt nicht in große Geschäfte ein und die deutsche Industrie hat darunter zu leiden. Damit die geschäftlichen Verhältnisse stabiler werden, müssen die Friedenskongresse ernstlich behandelt werden. Wir dürfen keine Getreidezölle einführen, die andere Staaten zu Repressalien veranlassen und den Abschluß günstiger Handelsverträge verhindern. Wir dürfen auch nicht durch Getreide- und Fleischzölle den Arbeitern den Lebensunterhalt verheuern, damit er für Industrie-produkte nichts übrig hat, vor Allem darf der Staat nicht daran denken, die Organisationen der Arbeiter lahm zu legen. Im Gegenteil, der Staat sollte die Zölle aufheben, die Produktion organisieren und den Arbeitern ein freies Koalitionsrecht sichern. Wir fordern einen Maximalarbeitsstag, der nicht für alle Zeiten festgelegt, sondern den Bedürfnissen angepaßt wird, um den Lebensunterhalt Aller durch Alle bewirken zu können. Wie soll nun unser Verhalten während der Krise sein? Sie darf nicht zur Arbeitslosigkeit führen, wenn auch die Lage eine gedrückt ist. Schon der Arbeiter, welcher noch das Glück hat, eine feste Arbeitsstelle zu haben, hat mit Verkürzung der Arbeitszeit zu rechnen und dem Einfluß des dadurch herabgesetzten Einkommens auf die Lebenslage seiner Familie. Auch so manche Behandlung muß er sich bieten lassen, die er, wenn Aussicht auf andere Stellung, mit Entrüstung zurückweisen würde. Der Unternehmer kann seine Waaren aufstapeln und warten, bis die Verhältnisse wieder günstig sind. Anders der Arbeiter; jede Stunde seiner Waare Arbeitskraft, die er nicht verkauft, ist unwiderrbringlich verloren und er hat lange Zeit zu büßen, bis er den Schaden wieder gehoben. Mit Streikgedanken dürfen wir uns jetzt nicht tragen, Streiks sind ja dem Unternehmertum unter diesen Umständen nur erwünscht; sie geben an, von den Arbeitern dazu provoziert worden zu sein, um den Betrieb einzustellen und lassen diesen ihre Macht nun erst recht fühlen. Zu bedenken ist, daß während der Krise Hunderte und Tausende auf der Landstraße liegen, selbst am Orte verheiratete und leibige Kollegen arbeitslos sind, und wenn man solche Kollegen, durch die Noth getrieben, zum Streikbrecher werden, wie sie dann nicht verdammen können. Macht ja selbst das Gesetz einen Unterschied von gemeinem Raub und Mibraub, der milder bestraft wird. Es fragt sich, ob nicht so mancher Kollege, welcher sich zu einer Arbeitslosenunterstützung nicht entschließen konnte, einsehen, daß durch diese Kampfesfähigkeit des Verbandes nichts eingebüßt hätte. Pflicht ist es, unsere Organisation weiter auszubauen, für sie zu agitieren, nicht nur in Versammlungen, sondern jeder Einzelne von Mund zu Mund, und unsere Klassen zu stärken, damit nach Beendigung der Krise wir sofort daran gehen können, die Wunden zu heilen, die diese geschlagen. Auch unsere Frauen, welche den Organisationen meist noch abhold sind, wenn die Beiträge abgeholt werden oder der Mann in die Versammlung geht, müssen wir aufklären. Wir müssen ihnen die Frage vorlegen: ob sie unter anderen die gleiche traurige Zukunft bereiten wollen, unter der wir leiden; sie werden dann ihre ganze Kraft mit einsetzen und mit für eine bessere Zukunft kämpfen. Lassen Sie das Gefühl der persönlichen Verantwortlichkeit nicht in sich erlöschen, unsere Zeiten ändern sich schnell und schon nach 30 Jahren wird die künftige Generation mit Stämmen auf die Beide des Jahrhunderts zurück schauen, wo es möglich war, an die Anhebung der Arbeiter durch ein Jugendhausgesetz zu denken. Wohl Deuten, welche dann ihren Kindern auf die Frage, Vater, wo standest du damals, als der große Bestreunungskampf der Arbeiter geschlagen wurde, sagen können, daß sie mitgewirkt haben für eine bessere Zukunft, für das Wohl ihrer Kinder. (Schäfer's Bericht.) Eine Debatte zu dem Vortrag fand nicht statt. Unter „Gewerkschaftliches“ erwähnte Kollege Schlie die Kollegen in warmen Worten zur größeren Anfruchtbarkeit untereinander. Ein Hinweis in die großartig verläuterte Versammlungssaal kam nur, indem in höchst unglücklicher Weise ein Kollege den Kollegen Klotz wegen seiner vielen Ausrufe angriff, dafür jedoch unter allgemeinem Beifall genüsslich zurückgewiesen wurde.

Freiburg i. Schl. Wir eruchen die hiesigen Kollegen, noch als bisher die Sperte zu beachten. Es ist wiederholt vorgeschrieben, daß die Kollegen sich hieran nicht lehnen, so hatte erst vorige Woche wieder ein Zimmerbauarbeiter, Fritz Böhler, in der Person von F. G. Willwald angefangen. Derselbe ist zwar nicht organisiert, es muß doch aber solchen Leuten von den organisierten Kollegen klar gemacht werden, wie sie damit sich und die Arbeiter schaden. Auch bei der Firma Kögler sind einige Arbeiter Differenzen ausgebrochen. Ueber das Resultat der Verhandlungen der gewählten Kommission berichten wir nächste Woche.

Freiburg. In einer am 8. Februar stattgefundenen Versammlung der hiesigen Zölzler referierte Kollege Schöbels über noch vorläufig der Annahme der Lokalmittelung über: „Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit“. Redner schilderte in lebhafter Weise die Ursachen und Folgen der Krise, als

deren furchtbarste für den Arbeiter die Arbeitslosigkeit anzusehen ist. Weiter kennzeichnete er in scharfen Worten das Bestreben des Unternehmertums, den Arbeiter immer mehr wirtschaftlich und moralisch niederzubrücken, um ihn so besser ausbeuten zu können, und erwähnte zum Schluß alle Anwesenden zum Zusammenhalt in der gewerkschaftlichen Organisation, die den Arbeitern gegen solche wirtschaftliche Gefahren den besten Stützpunkt bietet. Die Diskussion bewegte sich ganz im Rahmen des Referats. Die Versammlung hatte für unseren Verband einen ganz guten Erfolg.

Halle. In der am 9. Februar im „Weißen Aock“ abgehaltenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung hatte unser Verbandsvorsitzender, Kollege Klotz, das Referat übernommen. Er behandelte das Thema: „Die Wirkungen der Krisis auf die Lage der Arbeiter“. Redner führte unter Anderem Folgendes aus: Im flotten Geschäftsgange, wo man denken sollte, daß auch für den Arbeiter etwas mit herauspringen müßte, hat man leider die Erfahrung machen müssen, daß man noch mit einer ganzen Reihe Abwehrestreiks sich abzufinden hatte; ja, wie schwer hält es trotz des flotten Geschäftsganges, auch nur die Arbeitszeit um ein geringes zu verkürzen, geschweige denn in der Krisis, in der wir uns jetzt befinden. So Mancher, der seinen Arbeitsplatz gern wechseln möchte, wird sich dies wohl sehr überlegen, angeht sich dessen, daß die Landstraße so sehr überfüllt ist. Das wir uns schon im vorigen Jahre in einer absteigenden Konjunktur befanden, haben uns zur Genüge die Streiks in München, Berlin, Halle und Frankfurt a. M., welche nicht günstig abzuwickeln, gezeigt, wo sich die Kollegen über die Lage im Allgemeinen noch zu rofigen Hoffnungen hingaben und dementsprechend für schwere Opfer nicht den Erfolg erzielten. Obwohl die Arbeitslosigkeit jetzt immer größere Dimensionen annimmt, kommt die Regierung mit Getreidezölle, Weltpolitik, Zuchtstausgesetz; ja, man möchte sagen, wir leben in einer verkehrten Welt. Der Staat müßte durch Abschlässe günstiger Handelsverträge dafür sorgen, daß Jedem Gelegenheit gegeben wird, Arbeit zu finden, und nicht warten, bis die Arbeitslosigkeit sich ins Ungemessene steigert. Deshalb muß der Waarenmarkt genau im Auge behalten und die Produktion organisiert werden, jedoch darf die Organisationsfreiheit in keiner Weise angefaßt werden. Starke Organisationen sind erforderlich im flotten Geschäftsgang, noch mehr aber bei einer Krisis, um bei einer besseren Konjunktur die Scharte wieder auszuweichen. Jedenfalls ist es ein großer Fehler, in der Krisis den Wuth zu lassen und sahnenflüchtig zu werden, da der Kollege während der Zeit, wo er arbeitslos ist, befreit ist von den Beiträgen. In der Zeit der Krisis sucht der Unternehmer oft die Arbeiter zum Streik zu provozieren, deshalb ist es notwendig, äußerst vorsichtig zu sein, ehe man sich zum letzten Schritt hinreißt läßt. Oft ist auf dem Wege des Vergleiches mehr zu erreichen, als durch einen langwierigen Streik. Lebhafte Beifall wurde dem Referenten zu Theil. In der darauf folgenden Diskussion, welche sich sehr lebhaft gestaltete, wurden verschiedene Ansichten betreffs des Minimallohnes, sowie über die Streikbrecher ausgetauscht, jedoch war man im Grundprinzip mit den Ausführungen einverstanden. In seinem Schlusswort legte der Referent den Anwesenden aus's Herz, in Verbandsversammlungen ebenso zahlreich zu erscheinen, denn nur durch gegenseitige Belehrung und gute Vorträge können die Arbeiter sich bilden und lernen. Seitens des Kollegen Schöbels wurde darauf hingewiesen, daß in der nächsten Verbandsversammlung wiederum ein Vortrag auf der Tagesordnung steht mit dem Thema: „Die Klassenkämpfe im alten Rom“. Eine kurze Erläuterung wurde noch betreffs der Arbeitslosenzählung den Mitgliedern zu Theil, dann schloß der Vorsitzende um 11½ Uhr die gut besuchte Versammlung.

Heidelberg. In einer am 26. Januar im Lokale „Schiffwirth's Bierkeller“ tagenden öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach unser Kollege, der Landtagsabgeordnete Geiß-Wannheim über das Thema: „Die Unternehmern im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen“. In trefflicher Weise verstand es der Redner, die Organisationsbestrebung der deutschen Arbeiterschaft, die Wirkung der Sozialgesetzgebung unter besonderer Bezugnahme auf die Thätigkeit der Gewerkschaften in Baden unter Leitung des Dr. Börrischhofer, schließlich die arbeitereigenlichen Bestrebungen des Unternehmertums zu charakterisieren. Die stark besuchte Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall besonders bei seinem Appell auf fleißige Mitarbeit an den Bestrebungen der Gewerkschaften.

Herne. In einer am 10. Februar von christlicher Seite einberufenen Holzarbeiterversammlung, in welcher circa 100 Anhänger der christlichen Gewerkschaften aus Herne, Bochum, Selsenkirchen und Wanne und circa 30 Anhänger des Holzarbeiterverbandes anwesend waren, sprach ein Gewerkschaftsmitglied, Herr Spanhagen, Bochum, über: „Zweck und Ziele des christlichen Holzarbeiterverbandes“. Er zog, wie man es von einem Gewerkschaftsmitglied nicht anders erwarten kann, über die freien Gewerkschaften her. Der Mittelpunkt seiner Ausführungen war die Behauptung, die freien Gewerkschaften hätten in zehn bis zwanzig Jahren ihres Bestehens nicht das Geringste geleistet. Solcher und ähnlicher Quatsch fällt das dreiviertelstündige Referat aus. Ferner meinte Spanhagen, der christliche Verband bezwecke Hebung des Standeshauptnehmens durch Einführung des Befähigungs-nachweises. Erster Diskussionsredner war Kollege Hartung-Eberfeld, welcher sich mit dem Referenten wegen der Behauptung, die freien Gewerkschaften hätten seit ihrem Bestehen nichts geleistet, scharf auseinandergesetzt. Er wies nach der letzten statistischen Erhebung über die deutsche Gewerkschaftsbewegung aus dem Jahre 1899 nach, was für kolossale Leistungen die freien Gewerkschaften im selbigen Jahre vollbrachten, indem sie für Verbandsorgane M. 603 559, Agitation M. 201 020, Streiks im Verlaufe M. 1 983 140, Streiks in anderen Verufen M. 138 778, Rechtschutz M. 54 752, Gemahregeltenunterstützung M. 55 435, Reismunterstützung M. 652 825, Jubiläumunterstützung M. 91 524, sonstige Unterstützung M. 181 484, Stellenvermittlung M. 2958, Bibliotheken M. 4300 u. s. w. beitrugen. Ungeachtet der großen moralischen und materiellen Leistungen durch erfolgreiche Lohnbewegungen und Anderes. Was der Referent über die Einführung des Befähigungsnachweises sagte, nannte Hartung angehängt des Bestehens der Gewerkschaften den reinen Unsinn. Zwei andere Redner von Selsenkirchen zogen in der schamhaftesten Weise über den Deutschen Holzarbeiterverband her, das von Hartung angeführte nannten sie keine Leistungen. Auch meinten sie, die freien Gewerkschaften treiben Politik, was in der christlichen nicht vorkommt. Der-

selbe Redner, welcher behauptete, die Christlichen treiben keine Politik, erklärte im Oktober vorigen Jahres in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung in Wanne, der christliche Verband bezwecke, zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sich an das Parlament zu wenden. Wir bekamen den Eindruck, als seien die Christlichen von einem Kanzelredner instruiert worden. Die Hälfte ihrer Redezeit benutzten sie mit Vorlesen von Zeitungsartikeln. Ein schönes, so recht die Christlichkeit der Christlichen beleuchtendes Zeugniß stellte ein Herne indifferenter Kollege den Christlichen aus, indem er die Christlichen von Herne als Lohndrücker und Ueberstundenarbeiter bezeichnete. Was den Befähigungsnachweis anbelangt, meinte Redner, seien gerade unter den Herne Christlichen die größten Fischer, die, ohne das Schreinerhandwerk gelernt zu haben, die praktischen und tüchtigen Gesellen durch Lohndrücker aus den Werkstätten vertreiben. Kollege Hartung ergriff nochmals das Wort und verteidigte voll und ganz den Deutschen Holzarbeiterverband und nannte die Reden der Christlichen leere Phrasen und Verdrehungen. Auch der Vorsitzende vom christlichen Verband Wanne konnte es nicht unterlassen, einen Beweis seiner Zungenfertigkeit zu liefern, indem er meinte, wir Mitglieder der Zahlstelle Wanne hätten uns ausgelassen, unter den Christlichen wehe jetzt ein ganz anderer Wind, sie seien roth angehaucht. Eine Lehre für die Zukunft haben wir aus dieser Diskussion gezogen und zu der Einsicht sind wir gelangt: Daß der christliche Holzarbeiterverband zum Zweck und Ziel hat, als Kampforganisation gegen den Deutschen Holzarbeiterverband aufzutreten durch Personen, welche von zungengewandten Kanzelrednern Instruktionsstunden erhalten.

Meißen. Die gegenwärtige Geschäftsflaute erscheint auch den Meißenen Tischlermeistern als der geeignete Zeitpunkt, unliebame Gesellen und hauptsächlich solche, die dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören, an die frische Luft zu setzen. Der Hauptmatador scheint der Bildhauer und Tischlermeister F. W. Große zu sein. Im Frühjahr vorigen Jahres war dieser Herr der Erste, welcher den von den Bau- und Möbelhändlern aufgestellten Tarif anerkannte und warm dafür eintrat, damit möglichst kein Streik proklamiert werde, weil jedenfalls er den Kürzeren gezogen hätte. Es genigte ihm vollständig, daß neben dem Arbeitslohn auch der Verkaufspreis für fertige Waare stieg. Nun aber dieses erreicht ist, muß unbedingter der Arbeitslohn wieder reduziert werden, und das versteht der frühere Schüler des verstorbenen Vater Diebnecht, welcher Ersterer mit verschiedenen jetzt sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten — also auch Sozi — im Leipziger Fortbildungsberein die Wänke gedrückt hat — oder haben will — auf ganz seine Art und Weise zu bewerkstelligen. Vor Weihnachten ging das Geschäft flott, da wurde mehrere Sonntage gearbeitet und auch jeder Arbeitstag um zwei Stunden verlängert. Sogar nach den Feiertagen mußte noch einige Sonntage gearbeitet werden. Nun aber diese Lieferung hinaus und ziemlich viel Schnee vom Himmel gefallen ist, zeigt sich dieser edle und gerechte Arbeiter in seiner ganzen Menschenfreundlichkeit, was aber zu seinem Aerger ein ganzer Theil seiner Gesellen nicht einsehen will. „Hinaus mit Dem, der nicht nach meiner Pfeife tanzt“, das ist seine Losung. Auch der Vertrauensmann der Holzarbeiter Meißen, der die Ehre hatte, bei Herrn Große arbeiten zu dürfen, mußte am 9. Februar die Werkstatt verlassen. Es wurde ihm zwar gesagt, daß keine reiche Arbeit mehr zu machen sei, damit ist aber doch nicht gesagt, daß der Vertrauensmann gewöhnliche Arbeit nicht macht; hat er doch im Sommer vorigen Jahres gewöhnliche Arbeit genügend gemacht. Daß Arbeitsmangel nicht vorliegt, beweist schon, daß an Stelle des verheirateten Kollegen F. am folgenden Arbeitstage ein anderer lediger Tischler eingestellt wurde. Als vor einem Vierteljahr in einer hiesigen Fabrik mehrere Entlassungen vorgenommen wurden, gab Herr Große selbst zu, daß allerdings in anständigen Geschäften es Sitte sei, bei eintretendem Arbeitsmangel die zuletzt Eingestellten zuerst wieder zu entlassen. Jedenfalls denkt der Herr, den Baum mit der Wurzel herausgerissen zu haben, wenn er den Vertrauensmann hinausjagt. Es wird uns bald Gelegenheit geboten werden, die Arbeiterfreundlichkeit des Herrn G. noch von einer anderen Seite zu beleuchten.

Habenaun und Hainsberg. Am Dienstag, den 29. Januar, tagte in Kunath's Restaurant in Deuben eine öffentliche Holzarbeiterversammlung, in welcher Genosse Kiem-Dresden unter großem Beifall über den Arbeitsvertrag nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch referierte. Er erläuterte eingehend die §§ 611—630 sowie auch § 394. Im Sinne des Referats sprach sich noch ein Kollege aus. Zum zweiten Punkte erstatteten die Vertrauensleute Bericht über die Abrechnung vom vierten Quartal 1900, welche angenommen wurde. Darauf wurde auf Antrag der Revisoren dem Kassierer (Habenaun) einstimmig Decharge erteilt. Im dritten Punkt, „Wahl der Vertrauensleute für Habenaun und Hainsberg“, wurden die Kollegen Paul Schneider und Oskar Gehulich für Habenaun, und die Kollegen Hebert und Hofmann für Hainsberg als Vertrauensleute gewählt. In „Gewerkschaftliches“ wurde von verschiedenen Kollegen das Verhalten von einigen Unternehmern von Habenaun einer scharfen Kritik unterzogen, da dieselben die schlechte Geschäftskonjunktur benutzt haben, den Lohn ihrer Arbeiter, der ohnehin schon niedrig genug ist, noch mehr zu kürzen. Unlänglich des Politrestreiks 1900 haben sie sich zwar ausgedrückt (jedenfalls, um die Situation den Politikern gegenüber abzuweichen), da hätten es eher die Stuhlbauer nützlicher zu streifen, als diese. Nun sollte man es kaum glauben, das dieselben die Stuhlbauer wieder mit Abzügen bedacht haben. Hauptsächlich betraf die Kritik die Sächsische Holzindustrie, welche ihren Stuhlbauern, Drechsler, sowie einigen Politikern 5—12 pzt. abgezogen hatte. Nicht aber nur das, man ist auch ungezügelt dabei verfahren, man hatte den Tarif für den 2. Januar 1901 für gültig erklärt, aber die Arbeiten, welche schon Mitte Dezember 1900 in Arbeit gegeben waren, schon nach dem neuen Tarif bezahlt. Aber die Herren wissen ja, mit wem sie es zu thun haben, die Arbeiter lassen es sich doch gefallen; wären aber die Arbeiter organisiert, so würden die Herren schon damit zu rechnen haben. Kollegen, wir können Euch nicht genug anrathen, tretet dem Holzarbeiterverband bei, schenket die 25 ¢ Beitrag pro Woche nicht, es ist doch besser, man giebt die paar Pfennige Beitrag als daß man sich M. 4—9 in 14 Tagen vom Arbeitslohn abziehen lassen muß, denn nur durch den Holzarbeiterverband können wir derartigen Vorgehen entgegenreten. Ferner wurde noch erwähnt, daß in derselben Fabrik das Material, welches die Arbeiter zur Verrichtung ihrer Arbeit kaufen müssen, viel theurer bezahlt werden muß, als ordentlich. Hierüber soll Beschwerde geführt werden. Weiter ist bei der Firma Müller

& Weinert den Postern ein Abzug gemacht worden. Die Firma Müller kam zur Sprache, da die bei derselben beschäftigten Arbeiter größtenteils auch nicht zur Organisation zu bringen sind. Zum Schluss wurde noch die Lokalfrage angeschnitten und ersucht der Vorsitzende der Versammlung die Kollegen, Jeder soll mit darauf hinwirken, daß wir endlich einmal in die Lage kämen, ein Lokal, in welchem wir Vorträge über Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen hören können, in Mäßen erhalten können.

Rosenheim. Ein Beispiel, wie man mit den Arbeitern in der schlechten Geschäftszeit umgeht. In dem Baugeschäft von Baumann & Schwarz wurden den Arbeitern schon vor Weihnachten 2 1/2 pro Stunde vom Lohn abgezogen und die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt. Nach Neujahr nun mußte ein Arbeiter in Bau arbeiten, wegen der Kürze des Tages natürlich nur 8 1/2 Stunden pro Tag. Der Arbeiter war der Meinung, daß ihm 9 Stunden wie in der Werkstatt bezahlt würden, wurde am kommenden Samstag jedoch eines Anderen befehrt, denn er erhielt nur für 8 1/2 Stunden Lohn. In aufrichtiger Weise machte er Herrn Baumann darauf aufmerksam, daß man sonst im Bau Zulage habe, anstatt Abzug. Aber Herr Baumann war kurz angebunden und sagte prägnant: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie gehen“, und warf somit einen verheirateten Arbeiter auf die Straße. Ist schon Herr Baumann bei seinen Arbeitern nicht beliebt, so ist es der Vorarbeiter Sehle erst recht nicht, denn er drückt hauptsächlich den Arbeitern den Lohn herunter. Herr Sehle ist Mitglied des „Christlichen Holzarbeiterverbandes“, welcher doch angeblich auch die Lage der Arbeiter verbessern will. Kollegen Rosenheim's! Seht, daß solche Verhältnisse abgeschafft werden, dies kann aber nur geschehen, wenn Ihr Alle dem „Deutschen Holzarbeiterverband“ beitretet und somit zeigt, daß Ihr nicht länger die Sklaven des Kapitals sein wollt.

Sangerhausen. Die bei der Firma Torgau, Möbelfabrik, beschäftigten Kollegen haben sich über recht mangelhafte Gesundheitsverhältnisse ihres Betriebes zu beklagen. Die Arbeitsräume, die dem Dampfsgewerksbesitzer Ludwig gehören, sind so mangelhaft — namentlich Fußboden und Decke, durch die der Regen jederzeit Zugang hat —, daß die Arbeiter beständig Krankheitsgefahren ausgesetzt sind. Die Handwerker haben in ihren Arbeitsräumen wenigstens noch Heizung, die fehlt aber den Maschinenarbeitern ganz, ebenso wie im ganzen Betriebe von Ventilation keine Rede sein kann. Haben sich die Arbeiter im Winter über besonders harte Kälte zu beklagen, so müssen sie im Sommer förmlich braten. Das Schlimmste ist aber jedenfalls, daß die von dem Sägewerksbesitzer Ludwig zur Verfügung gestellte Dampfmaschine des Desterns versagt, ohne daß die Arbeiter für die dadurch entstandene Arbeitsunterbrechung entschädigt werden. Ja, die Verhältnisse im genannten Betriebe sind geradezu herrlich und bedürftigen fortgesetzt der Aufmerksamkeit der Kollegen. Mögen auch die zureisenden Kollegen auf diese Firma Licht geben.

Gautag des 8. Gaues, abgehalten am 17. Februar in Dresden.

Der Gauvorsteher Kollege Hanke eröffnete den Gautag Vormittags 11 Uhr, hieß die Delegierten herzlich willkommen und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen der Organisation zum Nutzen gereichen mögen.

Erschienen waren 41 Delegierte aus 26 Orten — nicht vertreten waren Darnwitz, Gottleuba, Königstein, Bittau —, als Vertreter des Gauvorstandes war Kollege Kloss anwesend, weiter die 5 Gauvorstandsmitglieder.

Hinster-Postschappel rügte, daß ein dortiger Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt sei, worauf Kollege Hanke erklärte, dies sei deshalb nicht geschehen, weil andere Punkte, insbesondere der Vortrag des Kollegen Kloss, Gelegenheit böten, jenes Thema mit zu erörtern; hiermit wurde Einverständnis erklärt. Beschlossen wurde, jedem Redner je zweimal 10 Min., bei Begründung eines Antrages 15 Min. Sprechzeit zu gewähren.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes, 2. Situationsberichte, 3. Vortrag Kloss: „Unsere Taktik und die Krise“, 4. Agitation und Organisation, 5. Anträge, 6. Verbandsangelegenheiten.

Aus dem Bericht des Gauvorstandes, der in letzter Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ bereits veröffentlicht wurde, erwähnen wir nur Folgendes:

Die Mitgliederbewegung schließt leider mit einem Gesamt-Rückgang um 312 ab, die Zahl der Beschäftigten ist um 660 gesunken — ein Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges! Lohnbewegungen fanden bei Stuhlpolstern in Dresden und Rabenau statt, der Erfolg blieb leider aus; besserer Erfolg erzielten die Bau- und Möbelschler in Meissen — 10 pSt. Lohnerhöhung, Tarif für gewöhnliche Arbeiten und Arbeitszeitverkürzung von 2-8 Stunden pro Woche.

In Wilsdruff wurde ein Angriff abgewehrt. Die Dresdener Korbmacher erzielten durch Tarif mancherlei Verbesserungen; horrende Lohnabzüge führten in der Türbischen Möbelfabrik zum Streik, der leider gänzlich verloren ging. Kleinere Pläne fanden an mehreren Orten statt, mit theils genügender Erfolge, theilweise ohne solchen, wofür in erster Linie die ungünstigen Arbeitsverhältnisse, aber auch die ungenügende Organisation bedingend waren.

Kollege Hanke erörtert die Vorgänge, welche den mehrfachen Wechsel im Gauvorstand verursachten und dazu führten, daß derselbe stets nicht vollzählig war, büßt deshalb und weil er selbst Neuling war, um billige Rücksicht bei Beurteilung seiner Thätigkeit. Mit besonderer Wärme gedachte Kollege Hanke des an einer unheilvollen Krankheit leidenden, allezeit thätigen Kollegen Jahn.

Die Referentenfrage wurde eingehend behandelt. Vielfach unterließen die Zahlstellen, gegebenen Anregungen Folge zu leisten. Es erscheint daher nötig, daß der Gauvorstand mehr noch von außen her auf die Zahlstellen einwirkt.

Von verschiedenen Rednern wurde die größte Sorgfalt bei Ausfüllung der Fragebogen verlangt, damit die Angaben ein genaues Bild ergeben, was bei einzelnen Stellen im Bericht zweifelhaft erscheint. In einigen Punkten wird andere, bezw. bestimmtere Fragestellung oder Erläuterung derselben gewünscht, um Irrthümer zu vermeiden; auch frühere Ausgabe der Fragebogen scheint erwünscht, damit für Ausfüllung mehr Zeit und Sorgfalt zu verwenden sei. Ueber die Thätigkeit des Gauvorstandes äußern die Kollegen sich nur beschränkend, besonders über die zeitige Herausgabe der Berichte.

Ein Vertreter von Postschappel war nicht erfreut darüber, daß der Betrag für „sonstige Reisen“ zurückgegangen; es erscheine nach vielen Beobachtungen notwendig, daß der Gauvorstand sich rege um die Zahlstellen kümmere.

Wustlich-Habena u wünschte, daß dort, wo es angängig erscheine, Revisionen oder dergl. dem Beauftragten einer näheren Zahlstelle übertragen werden, um so die Ausgaben für weitere Reisen zu verringern. Hanke erklärte, daß er in einigen Fällen die Besuche im Auftrage des Hauptvorstandes ausgeführt habe und daran sich nichts ändern lasse.

Ueber die Lage am Orte berichteten Heimann-Dresden. Müller-Gotta kritisierte das Submissionswesen. Weweger-Schönbroda schilderte die erfolgreiche Heranziehung der Korbmacher und deren Erfolge. Hierauf sprachen Schneider-Habena u, Fährich-Meißen, Pöhl-Mägeln, Richter-Wilsdruff, Wed-Wirna und Goldhammer-Niederseebitz, der die einzelnen Betriebe dort charakterisierte. Interessant waren die Schilderungen über die Entwicklung der jüngsten Zahlstelle Kunnersdorf im Besonderen, sowie auch die Darlegungen der Berichterstatter. Aus Allem ging hervor, daß die Krise mächtig eingesezt hat und daß von den Unternehmern oft versucht wird, die ungünstige Situation in ihrem Interesse auszunutzen, woraus den Kollegen allerorts die Pflicht erwachse, die Organisation hochzuhalten und aufmerksam über Alles zu wachen, was ihre Interessen berührt.

Die Punkte 3 und 4 wurden zusammen verhandelt und in Verbindung damit folgende Anträge: 1. Veranstaltung zweier großer Agitationstouren jährlich (Postschappel); 2. Besuch der Zahlstellen mindestens einmal jährlich durch den Gauvorstand (Hainsberg); 3. das Gleiche in vierteljährlichen Zwischenräumen (Wilsdruff); 4. Referenten für wissenschaftliche Thematika (Neugersdorf). Die Versammlung hörte nunmehr zunächst den Vortrag des Kollegen Kloss an. Der Referent bemerkte, daß er sich darauf beschränken wolle, unter Hervorhebung der wichtigsten Punkte eine Einleitung zu reger Diskussion zu geben und weist zunächst darauf hin, daß im Gegensatz zu einer kurz vergangenen Zeit, in welcher er oft die Frage erörtert habe, wie aus dem guten Geschäftsgang für die Kollegen Nutzen zu ziehen sei, nunmehr ihm die Aufgabe gestellt sei, die Taktik in der Krise zu erörtern, die nunmehr im bedeutendsten Umfang hereingebrochen sei. Die gute Zeit habe den Kollegen nur theilweise und auch da nur oft mit Anspannung aller Kräfte Besserung ihrer Lage gebracht. Die Hoffnungen und auch die Forderungen seien oft überspannt, die Kräfte zuweilen unterschätzt worden. Daraus ergebe sich die Nothwendigkeit, in der Krise mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen, da ganz besonders Gefahr für Arbeitskräfte zur Genüge vorhanden sei, woraus nur der Unternehmer Nutzen ziehen werde; durch unbedachtes Vorgehen könne mehr Unheil angestiftet werden und die Gefahr liege nahe, daß auch gute Kollegen, welche lange arbeitslos sind, bei Streiks infolge ihrer Noth in die Gefahr kommen, an der guten Sache Verzicht zu üben, ganz abgesehen von dem großen Heer der Indifferenten. Das gelte nicht nur für den Angriff, sondern auch für Abwehrmaßregeln. Es sei nothwendig, daß die Kollegen sich die größte Zurückhaltung auferlegen. Man habe sich sogar zu fragen, ob im Einzelfalle ein geringes Zurückweichen dem Bruche vorzuziehen sei, selbstverständlich in der Voraussetzung, daß etwaiger Schaden bei nächster Gelegenheit wieder gut zu machen versucht werde. Für die Richtigkeit solcher Taktik bringt der Redner aus seinen reichen Erfahrungen einige treffende Beispiele. Vor allen Dingen müsse die Flauheit dazu benutzt werden, den inneren Halt der Organisation zu festigen, das Errungene festzuhalten und unter Hinweis auf die Wirtschaftspolitik, welche solche Zustände schafft, die Kollegen aufzuklären und zu treuen Verbandsangehörigen zu machen. Freilich müsse die Agitation an manchen Orten anders werden; Dinge, welche dem Zeitvertreib dienen, seien aus den Versammlungen und Zahlstaben zu verbannen, um mit wirklichem Ernst an die Fragen der Gegenwart heran treten zu können, ihre Erörterung im Interesse der Kollegen interessant und belehrend zu gestalten; das Pflichtbewußtsein des Einzelnen müsse gestärkt und der Verzicht immer wieder gemacht werden, unter Hervorhebung der ideellen Zwecke des Verbandes von den elementarsten Fragen höheren Zielen zuzustreben. Hieraus erwachse jedem Einzelnen die Pflicht, der Organisation zu dienen, sie zu einem sicheren Grund zu gestalten, auf welchem bei günstiger Geschäftslage mit Erfolg weiter gebaut werden könne. Kollege Kloss ging nun auf die Anträge ein und erklärte seine Stellung zu denselben. Zusammenfassend bemerkte er, daß jetzt die Zeit der Reserve gekommen sei und hiernach die Thätigkeit des Verbandes allerorten zu gestalten sei, wobei es ihm jedoch fern liege, die Kollegen müthlos zu machen, oder ihnen zuzumuthen, gegen unwürdige Behandlung seitens der Unternehmer unempfindlich zu werden. Er könne es wohl getrost den einzelnen Orten überlassen, im Einzelfalle die rechte Entscheidung zu treffen.

Dem Vortrag wurde reichlicher Beifall zu Theil. An der Diskussion über diesen sowie über die Anträge theilnahmen sich, nachdem die Begründung der Vertreter der betreffenden Orte erfolgt war, eine große Zahl Delegierte. Das Ergebnis der Debatte war Ablehnung des Antrages 1, Annahme des Antrages 2 mit der Modifikation, daß dabei die Nothwendigkeit oder Möglichkeit in Betracht gezogen werden solle, Antrag 3 wurde zurückgezogen, Antrag 4 als erledigt erklärt; zu beiden letzteren erklärten die Antragsteller, daß sie einen anderen Sinn in die Anträge gelegt, als aus dem bloßen Wortlaut zu ersehen sei.

Kollege Pundt-Löbtau eruchte die Delegierten, bei der Berichterstattung daheim die Kollegen nicht müthlos zu machen. Es sei im Gegentheil Pflicht, auch in ungünstiger Zeit unwürdige Zumuthungen energisch zurückzuweisen. Dem schließt der Kollege Kloss sich ausdrücklich an.

Einen Antrag Rabenau, betreffend Aenderung des Zustandes in der Besetzung des Postens des Gauvorstehers und Bevollmächtigten der Zahlstelle Dresden durch eine Person, begründete Kollege Schneider; derselbe fand wenig Unterstützung, wurde aber, weil der gegenwärtige Zustand durchaus zuträglich und der Organisation in jeder Beziehung förderlich sei, von den Kollegen Seidel, Starke, Reiche, Kloss und Anderen bekämpft. Kollege Hanke nahm, da seine Person in Frage steht, lediglich Veranlassung, um irigen Anschauungen und einigen Vorwürfen, die grotzentheils ungerechtfertigt waren, entgegen zu treten. In längeren Ausführungen trat Kollege Wustlich-Habena u für den Antrag ein unter Anführung thatsächlicher Momente. Mehrere Delegierte (Schönbroda-Groschönau) erklärten, daß man im Allgemeinen mit der Thätigkeit des Kollegen Hanke und des Gauvorstandes

wohl zufrieden sein könne, daß Mängel auch bei der gegenwärtigen Gestaltung vorkommen, sei durch mancherlei Umstände bedingt; besser sei jedenfalls die Erledigung der Geschäfte durch einen in jeder Beziehung vom Unternehmer unabhängigen Kollegen; zudem sei der Beweis nicht erbracht, daß die Zahlstelle Dresden oder der Gau gelitten habe, eher sei das Gegentheil zu konstatiren. Der Antrag wurde nach langer und theilweise erregter Debatte gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Ein Antrag aus Gotta: „Die Mitglieder an die Zahlstelle ihres Wohnortes zu verweisen“, rief ebenfalls eine längere Debatte hervor, einige Kollegen befürworteten denselben, ihrer mehrere vertraten gegenheiligen Standpunkt. Die Arbeitsstätte sei, weil sie für alle Organisationsfragen von Bedeutung sei, auch hier als maßgebend anzusehen, Neutralität zwischen verschiedenen Zahlstellen sollte man möglichst zu vermeiden suchen, ebenso die Gründung von besonderen Zahlstellen, wo nicht unbedingt die Nothwendigkeit vorliegt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

Ein Antrag Meissen: „Eine Kommission zu wählen, welche bei Ablehnung von Gemäßigtenunterstützung durch den Hauptvorstand die Sache untersuchen und die Unterstützung event. aus der Gaukasse gegenübr soll“, wurde vom Kollegen Schöne in längeren Ausführungen begründet. Kollege Kloss und Andere erklärten den Antrag als unzulässig, Ersterer nahm auch den Hauptvorstand dagegen in Schutz, daß derselbe bei Gewährung von Unterstützung persönliche Gründe wägen ließe. Die Frage, ob Maßregelung vorliege, werde je nach der Anschauung des Einzelnen verschieden beantwortet und immer wieder zu Differenzen führen, größte Vorsicht sei indessen unumgänglich. Ebenfalls in längeren Darlegungen und unter Hervorhebung einzelner Fälle (in M.) spricht Fährich-Meißen zum und für den Antrag; am Schlusse seiner Ausführungen erfuhr die Versammlung endlich, daß den Gesuchstellern freilich erst nach drei Monaten durch den Ausschuß ihr Recht geworden sei, dies war wohl die Ursache dazu, daß der Antrag schließlich zurückgezogen wurde.

Wie im Allgemeinen, so auch bei Verathung der Anträge zeigte sich, daß die Anwesenheit eines Vorstandsmitgliedes sehr vortheilhaft war, mancher Zweifelsfall fand hierdurch Erledigung.

Beschlossen wurde noch, die Entschädigung mit M. 8 wie bisher und Jahrgeld 3. Klasse für die Delegierten zu bewilligen, ebenso die Umlegung der entstandenen Kosten auf die einzelnen Zahlstellen wie bisher.

Bei Punkt 6 wurde gewünscht, daß der „Holzarbeiter-Zeitung“ im Bedarfsfall eine Beilage zugegeben werden möge, oder, wenn andere nothwendige gewerkschaftliche Mittheilungen solches erheischen, der rein politische Theil eine Kürzung erfahren solle, weil anzunehmen sei, daß Letzteres zu einem großen Theil in der politischen Presse den Kollegen schon zugänglich geworden sei.

Da weiter das Wort nicht begehrt wurde, kam das Protokoll zur Verlesung und schloß hiernach Kollege Hanke mit dem Wunsch, daß die Delegierten die empfangenen Anregungen beherzigen und in ihrem Sinne rastlos für die Organisation weiter arbeiten mögen, und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband Abends gegen 7 Uhr die Interessanten und anregenden Verhandlungen des dritten Gautages.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Der Streik in der Landwirthschaftlichen Maschinenfabrik Akt.-Ges. A. Rehnig in Wesschan ist beendet, und zwar für die Arbeiter resultatlos. In der letzten Versammlung der Streikenden wurde beschloffen, denselben aufzugeben, weil es nicht mehr möglich war, für die Nichtunterstützungsberechtigten die wöchentliche Unterstützung aufzubringen. Denn wenn man bedenkt, daß der Streik 12 Wochen gedauert hat, und Familienbäater mit einer wöchentlichen Unterstützung von M. 4 bis 7 zufrieden sein mußten, so konnte man es denselben nicht zumuthen, noch weitere Wochen ohne jede Unterstützung auszuharren, sie wären vielmehr durch Noth gezwungen worden, Streibrecher zu werden. Wenn man dies Alles in Betracht zieht, so konnte die organisierte Arbeiterschaft nur für Aufhebung des Streiks stimmen. Die Arbeiter sind gezwungen, sobald sie wieder in Arbeit genommen werden, dieselbe bedingungslos anzunehmen.

Da nun ein großer Theil noch nicht wieder Arbeit bei der Firma erhalten hat, so eruchen wir, den Bezug nach wie vor fern zu halten.

Die Aussperrung der Arbeiter auf der Werft von Seebek in Brumehaven hat zu einer Niederlage der Arbeiter geführt. Näherer Bericht folgt.

In der Möbelschlererei der Werft „Vulkan“ in Begefac sind die Differenzen mit den Möbelschlern infolge der Laueit der Kollegen mit der Annahme der Akkordearbeit beendet worden. Sämmtlichen Arbeitern wurde zwar eine Zulage von 1 1/2 gewährt, indessen sieht es mit den Lohnverhältnissen noch überaus traurig aus. Vom Streikens in Hamburg werden jetzt Mieter, Stenmer und auch Tischler nach dem „Vulkan“ in Arbeit vermittelt, erst 9 Mann, denen in kurzer Zeit weitere 15 Mann folgen sollen. Es sollen ihnen derartig rostige Versprechungen gemacht worden sein, daß sie nach ihrem Eintreffen auf dem „Vulkan“ und nach Kenntnisaahme der dortigen Verhältnisse lange Gesichter machten. Die Arbeitszeit währt 10 1/2 Stunden und wurden in letzter Woche Kollegen mit 30 1/2 Stundenlohn eingestellt, während im letzten Sommer ein Anfangslohn von 33 und 34 1/2 gezahlt wurde. Dabei müssen die Neueintretenden, da die Plätze besetzt sind, bei dieser Kälte in einem Schuppen arbeiten. Von der Humanität der Direktion zeugt die Behandlung eines 47 Jahre auf der Werft beschäftigten Kollegen, dem vor einigen Wochen 2 1/2 pro Stunde abgezogen wurden. Als die Kollegen hiergegen bei der Direktion intervenirten, wurde der so Gemäßigete zudem noch in den kalten Schuppen placirt. Die Kollegen Deutschlands werden jedenfalls gut thun, bei Annahme von Engagements nach dem „Vulkan“ das Obige zu berücksichtigen.

In der Holzbearbeitungsfabrik „Norddeutsche Holzindustrie“ in Wörsberg, die erst seit Oktober letzten Jahres existirt, sind sämmtliche organisierten Arbeiter auf's Plaster gelegt worden. Seitenerzeit waren den Arbeitern vom Direktor große Versprechungen gemacht worden über einen Stundenlohn von 45-50 1/2. Mit Hänagen und Würgen bringen es die Arbeiter auf 15-35 1/2. Die Akkordpreise sind natürlich so

niedrig gestellt, daß an die Arbeiter, wollen sie einen einigermaßen anständigen Lohn verdienen, übermäßige Anforderungen gestellt werden. Ueber die Behandlung wurde immer sehr beklagt. Um die Arbeiter von dem Unternehmen besonders abhängig zu machen, sind für dieselben Miethshäuser errichtet worden, in denen die Arbeiter nur mit 14 tägiger Kündigung wohnen dürfen. Geht nun ein Arbeiter ein solches Miethsverhältnis ein, so muß er sich Alles gefallen lassen, um von seiner Familie eine plötzliche Obdachlosigkeit fern zu halten. Knapp waren 30 Kollegen in dem betreffenden Unternehmen 14 Tage beschäftigt, so gingen auch schon die Lohnreduktionen an, und zwar in dem Maße, daß für eine Arbeit, für die ein Tagelohn von 45 % garantiert war, nur 35 % verdient werden konnten. Die Kollegen wandten sich entschieden gegen dieses Vorgehen; solidarisch verlangten sie den erst vereinbarten Preis und die Garantie des Mindestlohnes. Es wurde ihnen aber schroff die Thür gewiesen und sämtliche Kollegen entlassen. Zuzug von Holzarbeitern nach Wobenberg ist deshalb streng fern zu halten.

Die Lohnbewegung in der Stuhl- und Möbelfabrik von B. Krebs in Wilsau geht deshalb zu Ende, weil die Beteiligten beinahe alle abgerückt sind. Es bleibt deshalb nur die Sperre über die Fabrik bestehen. Wir wollen nur hier noch eine Schilderung der Bewegung geben. In der genannten Fabrik, welche vielen Kollegen als sogenannter Laubenschlag bekannt ist, sind gewöhnlich 20-35 Personen beschäftigt. Im Herbst vorigen Jahres wurde noch ein Neubau aufgeführt, in welchem noch zirka 15 Stuhlbauer Platz finden sollten. Am 1. Dezember wurde trotz dieser Erweiterung des Geschäftes vier Kollegen gekündigt, angeblich wegen schlechten Geschäftsganges. Daß dies aber nur eine Einschüchterung der Uebrigen sein sollte, geht daraus hervor, daß zwei Mann zum Weiben veranlaßt wurden. Am 10. Dezember waren denn auch bereits neue Lohnsätze für die Stuhlbauer und Tischler ausgehängt (gültig ab 1. Dezember), welche Lohnreduktionen bis 27 pZt. enthielten. Infolge des flauen Geschäftsganges wagten die Kollegen nicht, einen Abwehrstreik zu proklamieren und wurde jedem Kollegen bezüglich seines Verhaltens gegenüber dem Tarif freie Hand gelassen. Die Tischler, welche sämtlich ledig sind, kündigten alle. Daraufhin wurde der Tarif derselben als ungültig erklärt und diese arbeiteten weiter. Auch bei den Stuhlbauern ging die Abreise der Kollegen flott vor sich.

Infolgedessen kam ein Vergleich zu Stande, daß die bisherigen Akkordpreise vorläufig weiter bezahlt werden sollten, bis die Maschinenarbeit vortheilhafter eingerichtet sei, dann sollte gemeinsam zwischen der Firma und den Arbeitern ein neuer Tarif ausgearbeitet werden. Diese Abmachung scheint Herrn Krebs später doch nicht gewinnbringend genug gewesen zu sein. Bei der Verhandlung darüber hatte sich Krebs derart in Arbeiterfremdbildung hineingeredet, daß er unter Anderem auch die Behauptung aufstellte, er habe im Willen gehabt, wenn sich die Arbeiter dem neuen Tarif fügten, zum neuen Jahr, als Einweihung der neuen Werkstätte, für seine Arbeiter ein fettes Schwein zu schlachten. Die Maschinenarbeit wurde jedoch nicht vortheilhafter eingerichtet. Die Maschinen wurden nur in zwei Räumen untergebracht, während sie früher in einem Raum standen, und den Arbeitern wurde der Transport der Arbeit von einem Raum in den anderen aufgeschafft. Am 23. Januar war bei den Politikern ein neuer Tarif angeschlagen mit Reduktion bis zu 25 pZt. Am 26. Januar wurden bereits die Arbeiten vom 12. bis 26. Januar nach diesem Tarif berechnet. Zwei Tischler wurden ebenfalls nach dem neuen Tarif ausgezahlt. Die Betroffenen haben gekündigt und am 9. Februar die Arbeit verlassen. Am 2. Februar erklärte Herr Krebs seinen Stuhlbauern, daß er von jetzt ab nach dem neuen Tarif bezahlen werde. Dieselben haben am 9. Februar gekündigt und am 23. Februar die Fabrik verlassen.

Es fehlt nun freilich auch nicht an Versuchen, ledige Kollegen zum Weiben zu veranlassen, während die verheirateten gehen sollen, indem man Ersteren Anerbieten macht, welche man den ganzen Arbeitern gegenüber nicht zugestehen will. Es wollte aber noch Keiner den Subas spielen. Bis jetzt ist es Krebs noch nicht gelungen, Ersatz für die abgehenden Arbeiter zu erhalten, und so wird er zur Weisheit machen müssen, was er in einem Flugblatt an die Einwohnerschaft von Wilsau und Umgegend schreibt, nämlich, daß er alter Fachmann seine Artikel alle selber fabriziert.

Wir bitten, den Zuzug von Tischlern, Stuhlbauern und Politikern nach Wilsau l. S. fern zu halten.

In der Kleiderblügel-Fabrik von Nordgauer & Co., Berlin, Köpenicker Str. 6, sind die Kollegen deshalb ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, dem Verlangen der Firma gemäß, aus dem Verbands auszutreten. Zuzug ist deshalb fern zu halten.

Die Tischlerinnungsbrüder von Potsdam sind plötzlich mit einer Aktion an die Öffentlichkeit getreten, die beweist, daß sie ihren Berliner Kollegen sehr gut abgesehen haben, wie man sich rühmend und spottend ausdrücken kann. „Zwölf Jahre Ruhe und Frieden sind zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gewesen“, hob der Obermeister E. Schulz in einer Innungsversammlung hervor, „und jetzt wagt man es, uns in unserem Frieden zu stören! Das so viel heißt, als, zwölf Jahre haben sich unsere Arbeiter ruhig ausbeuten lassen und jetzt wagen sie es, höhere Löhne zu verlangen, um ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können. Demals wurde den Arbeitern von ihren Krankern bittere Rache geschworen und man glaubte, den Zeitpunkt jetzt günstig gewählt zu haben, um diese Drohung durch Einführung des von den Berliner Schrankmachern ausgehenden Kontrollbuches wahr zu machen. Da Verband hat natürlich sofort seinen Einfluß in entgegengekehrter Sinne geltend gemacht, mit dem Erfolge, daß es auf einzelne minder wichtige Punkte, die arbeiterfeindlichen Bestimmungen aus dem neuen Arbeitsvertrag ausgehoben sind. Um einen vollständigen Erfolg zu erzielen, haben die Kollegen das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, dessen Entscheidung noch aussteht. Nur in zwei Verfassungen ist der von den Meistern gewünschte Arbeitsvertrag erst unterzeichnet worden und diese dürften gänzlich Nislos machen, wenn nicht Kollegen einzeln zusammenhalten.“

Die Firma Heinrich Mitzig, Bauhilfsfabrik in Cottbus, hat zu Zeit in verschiedenen Städten, unter Anderem auch in Dresden, Tischler. Vier Mann, welche auf Grund dieser Inzerte von Dresden nach Cottbus gehen, werden nicht sofort eingestellt, vielmehr auf nächste Zeit verschoben und sind jetzt in eine Erfahrung reicher gerath.

gefahren. Die Inzerte dieser Firma bezwecken nur, ein Ueberangebot von Arbeitskräften am Orte zu schaffen, um dabei im Trüben zu fischen. Brauchte die Firma wirklich Tischler und verfolgte sie keine Nebenabsichten, so hätte sie ja nur ihre erst vor kurzem entlassenen Leute wieder einstellen können und die am Orte zahlreich vorhandenen Arbeitslosen berücksichtigt. Die Kollegen werden dringend ersucht, nicht auf derartige Arbeitergeheude herein zu fallen und immer erst bei den Ortsverwaltungen der betreffenden Orte um Auskunft über die Verhältnisse nachzuzusehen, ehe sie ihre letzten Groschen zu einer Bahnfahrt in's Ungewisse ausgeben.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Hermann Reinhardt

Nach längerem Leiden starb am 21. Febr. in Naumburg unser Mitglied, der Kammmacher Hermann Reinhardt. Seit 1886 gehörte der Verstorbene, der am 31. Mai 1837 geboren war, ununterbrochen seiner Berufsorganisation an; zunächst dem Kammmacher-Fachverein, später beim Uebertritt desselben zum Drechslerverband dieser Organisation, um auch mit diesem seinen Uebertritt in den Holzarbeiterverband zu vollziehen. Stets in den vordersten Reihen kämpfend, hat er als Verwaltungsbeamter bis an sein Ende gewissenhaft und unerwüßlich seine Pflicht gethan. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Einen Rückschluß auf die Entwicklung der Holzindustrie gestattet auch der Leipziger Handelskammerbericht für 1899, soweit er auf den Geschäftsgang in den Betrieben zur Herstellung von Holzbearbeitungsmaschinen Bezug hat. Derselbe wird als „gut“ bezeichnet. Das inländische Geschäft gestaltete sich lebhaft und auch vom Ausland lagen genügende Aufträge vor. Der nahezu ein halbes Jahr währende Formstreik verursachte zum Theil fühlbaren Gutmangel, dieser wiederum Verzögerungen in den für die eingehenden Bestellungen vorgeschriebenen Lieferfristen. Auswärtige Gelehrten mußten zur Beschaffung von Substanz herangezogen werden. Sie benutzten die Sachlage und steigerten mit Rücksicht auf den vorhandenen Bedarf den Preis ihrer Erzeugnisse, der ohnehin schon infolge der hohen Eisenpreise gestiegen war, noch mehr. Auch die übrigen für die Fabrication notwendigen Materialien und Werkzeuge erlitten durchgängig eine wesentliche Preiserhöhung. — Der schon einige Jahre anhaltende flaute Geschäftsgang rief im Berichtsjahre nicht nur verschiedene Reorganisationen und Vergrößerungen hervor, sondern lockte auch amerikanische Fabrikanten an, Lager ihrer Erzeugnisse in Deutschland zu errichten. Der Wettbewerb in Holzbearbeitungsmaschinen war daher groß und die Folge hiervon war, daß die Preise trotz theurerer Rohmaterialien nicht stiegen, sondern vielmehr häufig recht gedrückt waren. — Die Maschinenbauanstalt Kirchner & Co., Aktiengesellschaft in Leipzig-Sellerhausen (Sägewerks- und Holzbearbeitungsmaschinen), erzielte in ihrem dritten Geschäftsjahre (1. Juli 1898 bis 30. Juni 1899) einen Mehrüberschuß gegen das Vorjahr von M. 215 424. Der Rohgewinn betrug M. 868 491 und der Reingewinn, ausschließlich des Vortrags vom Vorjahr, M. 635 302. Hierzu gelangten 4 pZt. ordentliche und 18 pZt. Superdividende zur Vertheilung. Um der Gesellschaft die nötigen Betriebsmittel zuzuführen, wurde beschloffen, eine 4 prozentige Obligationenanleihe von M. 1 250 000 aufzunehmen und das Aktienkapital von M. 2 100 000 auf M. 2 500 000 zu erhöhen.

Ein Verband deutscher Bürstenmachern und selbstständiger Bürstenmacher wurde am 17. Februar auf Anregung der Berliner Innung auf einer von 80 Vertretern solcher Innungen aus 16 Städten in Berlin einberufenen Konferenz beschloffen.

Zur Kritik in der Bürstenindustrie. Nachdem seinerzeit in der Pinselabrik von Gebr. Bierlein in Nürnberg das außerordentlich schlechten Geschäftsganges halber die Arbeitszeit von 8 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags für vorläufig ein Vierteljahr beschränkt wurde, womit das betreffende Personal einverstanden war, hat jetzt die Firma Veranlassung genommen, diesem Zustande insofern ein Ende zu bereiten, als ab 18. Februar die normale Arbeitszeit wieder eingeführt wurde. Dafür hat man zwölf Personen entlassen. Diese Handlungsweise ist ferner nicht zu billigen. Wenn es wahr ist, was von verschiedenen Seiten behauptet wird, daß diese Entlassungen schon früher erfolgt wären, wenn die von dieser Maßregel Betroffenen mit von der Firma bezogenen Kohlen nicht in der Schuld der Herren Gebr. Bierlein gestanden wären, dann erscheint diese Art Rohthätigkeit in einem eigenthümlichen Lichte. Bezwecken wird man durch diese fortgesetzten Entlassungen nur, daß die gelerntten Arbeiter anderen Berufen sich zuwenden, und wenn das Geschäft wieder einmal in voller Blüthe steht, kann es sehr leicht möglich sein, daß geeignete Arbeitskräfte so leicht nicht zu erhalten sind, zumal der Beruf als Pinselmacher nur noch von sehr wenigen jungen Leuten erlernt wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Verein der Blauen im Stuckatourgewerbe. Unter dem Namen „Freie Vereinigung der Stuckateure Berlins“ ist mit Hilfe des Unternehmers eine Arbeiterorganisation gegründet worden, die sich direkt gegen die organisierten Stuckateure richtet. Anfang dieses Jahres wurden von den Unternehmern 32 Stuckateure auf's Pflaster geworfen, weil sie sich die Akkordarbeit nicht wieder aufzwingen lassen wollten. Es handelte sich für die Unternehmer aber um mehr, sie gehen darauf aus, die Organisation der Stuckateure zu vernichten. Die Ausgesperrten haben sich nicht zwingen lassen, unter dem System der Akkordarbeit wieder anzufangen, leider aber haben sich Stuckateure, die bei anderen Firmen in Arbeit standen, durch ihre derzeitigen Arbeitgeber dazu drängen lassen, die Ausgesperrten zu ersetzen. Kammern ist auch hinter verschlossenen Thüren der oben bezeichnete Verein gegründet worden, der ganz auf der Harmonie der Interessen aufgebaut ist.

Die Vereinigung der Maler, Lackierer, Streicher etc. hatte laut der soeben veröffentlichten Abrechnung vom 4. Quartal 1900 in 217 Zahlstellen 10 746 Mitglieder, die ihre Beiträge voll entrichtet hatten. Nach der Jahresabrechnung zahlten 19 906 Mitglieder volle 52 Wochenbeiträge, während die vollzahlende Mitgliederzahl im Jahre 1899 9556 und im Jahre 1898 6810 betrug. Es ist demnach ein Zuwachs gegen 1899 von 1350 und gegen 1897 ein solcher von 4096 Mitgliedern zu verzeichnen. Die Aufnahmen betragen im letzten Jahre 11 716, während bei der Hauptkassa 3232 vierjährige Bücher ausgestellt wurden, ein Beweis, daß der größte Theil der neu eintretenden Mitglieder bereits im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft wieder wegen Zahlungsversäumnis gestrichen wird. Der Verband besaß am Schlusse des Jahres laut Abrechnung ein Vermögen von M. 95 215,62. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1900 betragen M. 141 665,35, die Gesamtausgaben M. 145 033,16. Der Streikfonds weist die Summe von M. 33 152,80 auf.

Der Verband der Steinarbeiter Deutschlands hatte nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung im Jahre 1900 eine Einnahme von M. 140 666,09 und eine Ausgabe von M. 97 806,16. Am Schlusse des Jahres verfügte der Verband über ein Vermögen von M. 42 859,93 gegen M. 10 081,26 im Vorjahr. Ueber den Mitgliederstand sind in dieser Abrechnung Angaben nicht gemacht.

Der Verband deutscher Gastwirthsgehilfen hat nach seiner Abrechnung am Schlusse des 4. Quartals 1900 1577 Mitglieder gegen 1420 am Schlusse des 3. Quartals und 1387 am Schlusse des Vorjahres. Der Abgang an Mitgliedern beträgt trotz der Zunahme von 190 im Jahre 1900 doch 809, eine Zahl, die im Verhältnis zum Mitgliederstand sehr hoch ist. Der Verband verzeichnet am Schlusse des Jahres 1900 ein Vermögen von M. 10 106,09.

Die „Fachzeitung für Schneider“ veröffentlicht in ihrer letzten Nummer ihre Abrechnung für das Jahr 1900. Darnach betrug die Einnahme in dieser Zeit M. 22 104,48, der eine Ausgabe von M. 21 937,98 gegenübersteht. Die Auflage der Fachzeitung betrug Anfang 1900 12 000, liegt dann in Mitte des Jahres auf 15 800, fiel dann langsam wieder bis auf 14 500, um am Jahreschluss wieder auf 15 700 zu steigen.

Der Verband der Schneider und Schneiderinnen veranstaltete am 17., 18., 24. und 25. März erneut in ganz Deutschland Agitationsveranstaltungen zur Neubelebung der Agitation unter den Schneidern und Konfektionsarbeitern und Arbeiterinnen. Weiter soll zu demselben Zwecke ein Flugblatt herausgegeben werden. Schließlich ist das Erscheinen eines Agitationsorgans für die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen geplant, und zwar wird die erste Nummer desselben am 14. April ausgegeben.

Die vierte Generalversammlung des Verbandes der Werftarbeiter tagte vom 10. bis 13. Februar im „Holsteinischen Hause“ zu Flensburg. Der Verband zählt gegenwärtig 3842 Mitglieder. Die versuchte Verschmelzung der Organisation mit dem Verbands der Schiffszimmerer scheiterte. Den Kassenbericht der letzten zwei Jahre erstattete Herr Geestemünde. Eines Einnahme von M. 52 677,87 (inkl. Kassenbestand vom 1. Januar 1899 von M. 6373,75) steht eine Ausgabe von M. 40 817,03 gegenüber, so daß ein Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1900 von M. 11 860,84 vorhanden ist. Die Abrechnung der Hauptkassa stellt sich wie folgt: Die Einnahme mit dem Bestand vom 1. Januar 1899 beträgt M. 29 603,83, die Ausgabe M. 17 866,82. Mithin Kassenbestand am Schlusse des Jahres 1900 M. 11 737,01.

Die Wochenbeiträge wurden von 15 auf 20 % erhöht und ferner die Anstellung eines besoldeten Beamten beschlossen; gewählt wurde Dellerich-Behe. Beschlossen wurde die Einführung der Reiseunterstützung bis zum Höchstbetrage von M. 10 pro Jahr bei einer sechsmonatlichen Karenzzeit. Die Organisation wird fortan die Bezeichnung „Deutscher Werftarbeiterverband“ führen.

Eine Konferenz der Militäreffektensattler Deutschlands tagte am 10. Februar im „Gewerkschaftshaus“ zu Offenbach a. M. Vertreter waren erschienen aus Berlin, Dresden, Eberfeld-Barmen, Frankfurt a. M., Friedberg i. G., Kaiserlautern, Karlsruhe, Mainz, Offenbach, Strassburg und Ulm-Stuttgart. Die Konferenz war zu dem Zwecke einberufen, um zu berathen, wie dem in Berlin erzwungenen Tarife auch anderswo Geltung verschafft werden kann. Nach längerer Debatte über die Lage der Militäreffektensattler an einzelnen Orten fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die Konferenz beauftragt die zu wählende Tarifkommission, eine Denkschrift auszuarbeiten und an die Kriegsministerien und an die Regimenter zu versenden. In dieser Denkschrift soll darauf hingewiesen werden, daß es gelungen ist, zwischen einer Anzahl der größten Militäreffektensattler und den Arbeitern ein Uebereinkommen in Bezug auf Löhne und Arbeitszeit zu erzielen. Die genannten Behörden sollen gebeten werden, bei Vergebung von Arbeiten nur solche Firmen zur Submission zuzulassen, die den vereinbarten Tarif anerkennen. Die Namen der den Tarif anerkennenden Firmen sollen in der Denkschrift angeführt werden; die Namen der den Tarif nicht anerkennenden Firmen sollen ebenfalls genannt und ihr Geschäftsgebahren genauer beleuchtet werden.“

Im zweiten Punkt handelt es sich zunächst um die der Tarifkommission zu stellenden Aufgaben und die Art ihrer Einrichtung. Hierzu wurden nach längerer Debatte folgende Anträge angenommen: „Die Militäreffektensattler allerorts haben mindestens monatlich einen Bericht über die Verhältnisse am Ort an die Tarifkommission einzusenden. Wird an einem Ort eine Lohnbewegung vorbereitet, so ist sofort dem Zentralvorstand, sowie der Tarifkommission davon Mittheilung zu machen, wonach diese sich mit den übrigen Filialen und dem Zentralvorstand in Verbindung setzt, um die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Durchführung des Streiks zu prüfen.“

Jede Militäreffektensattler-Filiale ist verpflichtet, eine Lokalkasse zu errichten. Die Gelder bleiben am Ort, jedoch ist eine vierteljährliche Abrechnung an die Tarifkommission einzusenden.

In gemischten Filialen, wo die Militäreffektensattler die Minderheit bilden, haben dieselben einen Vertrauensmann zu wählen, der sich mit der Tarifkommission in Verbindung zu setzen hat.

Die Finanzierung der Tariffkommission geschieht durch den Zentralvorstand, doch ist es Pflicht der Lokalkassen der Militär-Effekten-Faktoren, die Tariffkommission zu unterstützen.

Die Tariffkommission erhält nicht allein die Aufgabe, dem Berliner Tarif auch anderswo Geltung zu verschaffen, sie soll auch beim Ablauf des jetzigen Vertrages vorzunehmende Revision des Tarifs vorbereiten. Als Ort, wo die Tariffkommission ihren Sitz haben soll, wird Berlin bestimmt. Die Kommission soll aus fünf Mitgliedern bestehen.

Der Zentralverband der Schmiede hält seine achte Generalversammlung zu Osnabrück und an den folgenden Tagen in Braunschweig ab. Auf derselben werden 55 Delegierte, 2 Vorstandmitglieder und die Vorsitzenden des Ausschusses und der Preis-Kommission vertreten sein.

Der Zentralverband der Töpfer etc. beruft seine fünfte ordentliche Generalversammlung auf den 28. Mai d. J. nach Magdeburg ein. Auf der Tagesordnung stehen allgemeine Verbandsfragen.

Von der Firsch-Duncker'schen Gewerkschaftsbewegung. Der Zentralrat beruft den vierzehnten ordentlichen Verbandstag der deutschen Gewerkschaften auf den 27. Mai und folgende Tage nach Köln a. Rh. ein.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein für Möbelschler sehr wichtiges Urtheil fällt, unter Bezugnahme auf die im letzten Stuttgarter Möbelschreinerstreit mit den Unternehmern getroffenen Vereinbarungen, das dortige Gewerbegericht. Der Schreiner G. Walz klagt gegen die Hofmöbelfabrik von Epple & Ego wegen Nachzahlung von Lohnschuldigungen infolge ungenügender Affordolohnkalkulation. Der Kläger hatte eine Waichkommode übernommen, ein Stück seiner Art, wie es im Geschäft noch nicht vorgekommen ist, und dafür M. 60 erhalten. An dem Stück sitzt hatte der Kläger 18 1/2 Stunden gearbeitet; sein Stundenlohn ist auf 42 Pf. festgesetzt. Da nun aber der Arbeiter nicht auf seinen Stundenlohn kam und sich auf den Passus der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer stützt, in welchem es heißt: „Die Affordolohn sind so hoch festzusetzen, daß der Arbeiter auf seinen Abschlag kommt“ so verlangte der Kläger eine Nachzahlung von M. 17,85. Zunächst versuchte der Vertreter der beklagten Firma geltend zu machen, daß der Kläger zu langsam gearbeitet und daß er zu viel mit seinen Mitarbeitern sich unterhalten habe. Zur Verhandlung selbst waren zwei Sachverständige geladen, und zwar Herr Schreinermeister Hooper und der Schreinergehilfe Herr Müller, in Arbeit bei Wirth's Söhne. Während nun der Schreinermeister nachzuweisen suchte, daß man diese Kommode in 135 Stunden machen könne und demnach M. 60 genügend sei, sagte der Schreinergehilfe, daß dies unmöglich sei, da er schon ähnliche solcher Stücke gemacht habe und gerade dieses sehr kompliziert sei, mindestens drei Wochen Arbeitszeit beanspruche und M. 80 Arbeitslohn anzuschlagen sei. Das Urtheil des Gerichts geht dahin: die beklagte Firma hat dem Kläger M. 17,85 zu zahlen und die Kosten der Verhandlung zu tragen. Da es sich hier, wie der Herr Vorsitzende hervorhebt, um eine neue Kalkulation handelt und dem Arbeiter ein zu langsames und nachlässiges Arbeiten nicht nachgewiesen ist, das Gericht sich aber auf den angezogenen Passus der Vereinbarung stützen muß, mußte wie gesehen erkannt werden.

Das Buchhandelsgesetz ist unbeachtlich. Das Lübecker Schöffengericht verurtheilt einen Bauarbeiter und einen Maurer zu je 4 Monaten Gefängnis, weil sie angeblich ihrem Arbeitgeber, Bauunternehmer Hermann, Kalk verdorben haben. Dies soll geschehen sein, weil H. an Stelle eines Verhandlungsstellen den nicht dem Verbandsangehörigen Poller Zimmer in Arbeit stellte. Der Staatsanwalt hatte je 8 Monate beantragt.

Ein wichtiges Urtheil auf Grund der §§ 628 Abs. 2 und 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde von dem Gewerbegericht in Stuttgart gefällt. Eine Näherin, welche seit dem 10. Dezember in einem Konfektionsgeschäft gegen einen Tagelohn von M. 1,80 beschäftigt war, bekam am 9. Januar mit dem Geschäftsführer genannter Firma Differenzen. Im Wortwechsel wurde die Näherin vom Geschäftsführer aus dem Zimmer hinausgewiesen, was diese als Entlassung ansah und weshalb sie wegen Kündigungsschuldigung klagbar wurde. Der Vertreter der beklagten Firma suchte jedoch nachzuweisen, daß nicht der Geschäftsführer die Mädchen einstellte und deshalb auch nicht zu entlassen habe, sondern die Firma selbst. Weiter gab der Vertreter bekannt, daß sogar der Klägerin auf dem Komptoir gesagt worden sei, sie solle weiter arbeiten, wenn sie gehen wolle, dann solle sie regelrecht kündigen. Für das Gericht kam dieser Vorgang jedoch nicht besonders in Betracht; es hielt sich lediglich daran, daß die Klägerin von dem Geschäftsführer, als dem Vertreter der Firma, beleidigt worden ist und demnach dieselbe zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigt war. Demgemäß erhielt die Klägerin ihrem Antrage gemäß die Summe von M. 26,01. Das Urtheil selbst stützt sich auf die §§ 278 und 628 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches: „§ 278. Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Person, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, in gleichem Umfang zu vertreten, wie eigenes Verschulden. — § 628 Abs. 2. Wird die Kündigung durch vertragswidriges Verhalten des anderen Theiles veranlaßt, so ist dieser zum Ersatz des durch Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schadens verpflichtet.“

Technisches.

Porenschließende Untergrundpolitur, von Paul Horn, chemische Fabrik, Hamburg. Dieses eigenartige Präparat besitzt die Eigenschaft, auf dem Holze sofort eine widerstandsfähige Grundbede zu erzeugen, welche die nachfolgenden Auftragungen, wie Schellackpolitur, Lack, Mattine etc., nicht mehr in das Holz einbringen (nicht einschlagen) läßt, so daß das zeitraubende Grundpolieren dadurch erspart werden kann. Die porenschließende Untergrundpolitur überzieht die feinen Poren des Holzes mit einer undurchdringlichen festen Schicht, die außerordentlich haltbar am Holze haftet und sich mit den ferneren

Auftragungen von Schellackpolitur, Spritlack, Lack, Mattine etc. eng verbindet. Beim Polieren und Mattieren weicher Holzarten (Kiefer, Tanne, Eichenholz etc.), ebenso zum Grundpolieren von Nußbaum und anderen Holzern ist diese Untergrundpolitur von nicht zu unterschätzendem Vortheil, weil bei deren Anwendung die nachfolgende Politurauftragung auf der Fläche steht und nicht wieder einschlägt.

Zum Vorpolieren und Mattieren von Kehlleisten, gebogenen Stühlen, allen geschweiften und gebogenen Holzgegenständen leistet Untergrundpolitur ausgezeichnete Dienste. Es genügt die Anwendung nur weniger Ballen dieser Untergrundpolitur, um eine ganz glatte, saubere und nicht einschlagende Grundbede hervorzubringen. Für Drechslerereien und Holzwarenfabriken ist porenschließende Untergrundpolitur unentbehrlich. Das zeitraubende Grundpolieren fällt vollständig weg, eine Auftragung von porenschließender Untergrundpolitur genügt, um eine glatte Grundbede hervorzubringen, auf welcher Spirituslack ausgezeichnet steht und seinen politurartigen Glanz zeigt.

Bei allen Holzgegenständen, welche mit Lauchlack behandelt werden sollen, ist die vorherige Anwendung der porenschließenden Untergrundpolitur Nothwendigkeit, weil man, nach Gebrauch der Untergrundpolitur, durch ein- bis zweimaliges Tauchen in Lack einen politurähnlichen Ueberzug erzielt. Porenschließende Untergrundpolitur ist klar filtrirt, trägt sich außerordentlich leicht ohne Anwendung von Öl auf, trocknet sofort.

Ein Kühlschrank mit Verdunstungskühlung. Die bis jetzt bekannten Kühlchränke mit aus porösem Material bestehenden, stillstehenden Wänden ermöglichen nicht eine dauernde kräftige Abkühlung. Durch das deutsche Patent Nr. 116 162 wird ein Kühlschrank mit Verdunstungskühlung unter Schutz gestellt, bei dem eine frisch angefeuchtete Fläche andauernd der Verdunstung ausgesetzt und insolge dessen eine größere Abkühlung erreicht werden kann. Mehrere endlose Bänder aus porösem, biegsamen Material, werden über Rollen, die in einem geeigneten Gestell gelagert sind, geführt; die unteren Rollen befinden sich am Boden des Kühlchranks in einem mit Wasser gefüllten Troge, so daß das Band bei seiner Bewegung fortwährend in feuchtem Zustande erhalten wird. (Mittheilung des Patent- und technischen Bureau's Richard Lüders in Görlitz.)

Literarisches.

„Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens (Stuttgart, Dietz Verlag), erscheint in wöchentlichen Hefen à 25 Pf. (pro Quartal M. 3,25) und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Erschienen ist Heft 21.

„In freien Stunden“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Heft 1 und 2.

„Zur guten Stunde“. Illustrierte Zeitschrift. Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W. Heft 10 und 11. Preis jedes Vierteljahrsheftes 40 Pf.

Das hungernde Rußland. Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und P. v. S. Stuttgart, Verlag von J. F. W. Metz Nachf. Heft 12 und 13. Vollständig in 16 Hefen à 40 Pf.

Gesundheitslehre in Stadt, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm. Verlag von J. F. W. Metz Nachf., Stuttgart. Heft 19 und 20. Das Werk wird in Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf. erscheinen und in 25 Hefen komplett vorliegen.

„Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, Stuttgart, Verlag von J. F. W. Metz Nachf. Nr. 5 des 11. Jahrganges.

Kommunale Praxis. Verlag von Roden & Co., Dresden, Preis pro Vierteljahr M. 1. Erschienen ist Nr. 2.

Briefkasten.

Mühlhausen i. C., Besch. Warum haben Sie unseren Brief vom 15. Februar nicht beantwortet?
N. N. Wenden Sie sich an W. Melcher, Winterstraße 16, 2. Et., daselbst.

Greiz, F. A. Ich glaube, Sie machen sich die Sache auch zu leicht. Entweder müssen Sie das Holz vorher austrocknen oder ausdämpfen, ehe Sie es in die Trockenkammer bringen, wollen Sie ein Holz erzielen, das möglichst steht. Im ersten Fall löst man die in Längen geschnittenen Holzstücke aufgestapelt in einem Kessel bis 24 Stunden, doch muß das Wasser stets das Holz bedecken. Dann wird das Wasser abgelassen und frisches, dem man etwas Kochsalz zusetzen kann, zugelassen. Darin wird das Holz nochmals 4-6 Stunden lang ausgekocht, darnach einige Tage an der Luft, dann in einer Trockenstube 8-14 Tage einer allmählich zu steigenden Wärme ausgesetzt. Im zweiten Fall müssen Sie das Holz in einem geschlossenen Behälter so lange Wasserdämpfen aussetzen, bis es vom Dampf ganz durchdrungen ist und damit die Säfte aufgelöst sind. Der Trockenprozeß geht dann wie oben vor sich. Das Ausdämpfen soll besser und wirksamer sein.

Bayreuth, den es angeht. Sie sind wohl das nächste Mal so freundlich und versehen Ihren Bericht mit dem Zahlstellenstempel, sonst müssen wir ihn ein für allemal in den Papierkorb wandern lassen.

Bromberg, N. Der Bericht ging uns erst auf dem Umwege über die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“, wohin er wohl irrthümlicher Weise gelangt war, zu, weshalb er erst in dieser Nummer berücksichtigt werden konnte.

Konstanz, S. Wir müssen den Bericht so lange zurückstellen, bis wir denselben auf seine Richtigkeit zu prüfen in der Lage sind. Denn schon zwei Mal sind wir reingeflogen. Das macht vorfristig.

Düsseldorf, Fr. A. Es thut uns leid, den Bericht nicht aufnehmen zu können. Vorläufig müssen wir einen erheblichen Theil der Zeitung noch für Gaupublikationen reservirt halten, deshalb bleibt für die übrigen Fragen so viel weniger Raum übrig. Gruß.

Berlin O., J. S. Mühte wegen Raummangels bis zur nächsten Nummer zurück gestellt werden.

Remgo-Lippe. Ihren Bericht können wir nicht aufnehmen, da er von der Ortsverwaltung nicht abgestempelt ist.

Esslingen, Sch. Kann erst in Nr. 10 erscheinen. Wir nehmen auch württembergische Briefmarken in Zahlung, doch ist die Zahlung per Postanweisung ja auch nicht theurer, für uns aber bequemer. Gruß D.

Langensfelde, Unwissender. 1. Das Aufreißen von blickenden Hartholzbohlen während des Trockenprozesses verhindert Sie dadurch, indem Sie die Hartholzbohlen mit Leinen oder Papier verkleben und sie so von den direkten Einflüssen der Luft abhalten. 2. Ja.

Lößtau, S. Ihr „Gingefandt“ werden wir in nächster Nummer berücksichtigen.

Trebbin, F. Sch. Ihrem „Gingefandt“ müssen wir so lange die Aufnahme verlagen, so lange wir über die in demselben erhobenen Beschuldigungen nicht von zweiter Seite Informationen erlangt haben. Also bitte, etwas Geduld.

Dortmund, Sch. Eine braune Eichenholzbeize erhält man durch eine konzentrirte Abkochung von 1 Theil Gerberlothe aus frisch gemahlener Eichenrinde junger Stämme in 4 Theilen Wasser, dem man 1/20 Theil Soda zusetzt; man kocht durch, trägt die Beize heiß auf das Holz auf und beizt, wenn solche trocken geworden ist, mit einer Auflösung von 1 Theil doppeltchromsaurem Kali in 10 Theilen heißem Wasser nach.

Hamburg, J. W. J. 1. Uns nicht bekannt. Beziehen Sie die Weiriste doch direkt. 2. Darüber werden Sie am besten bei einem Modelleur Auskunft erhalten.

Quittung.

Zur Unterstützung des nunmehr verstorbenen Kollegen Hilbig gingen einem Aufruf der Zahlstelle Deimold zufolge aus nachbenannten Orten die hierbei quittirten Beträge ein: Düsseldorf M. 10, Emden 10, Hamburg 10, Lohstedt 10, Viefel 10, Wiesendahl 19,75, Kellterbach 8,30, Stettin 8, Gaildorf 6,30, Mannheim 6, Kassel 6, Lehrte 6, Klost 6, Potsdam 6, Magdeburg-Neust. 6, Elberfeld 6, Würich 6, Höchst a. M. 6, Nendsburg 6, Dortmund 6, Hainberg i. S. 6, Hufum 6, Kolberg 6, Köpchenbroda 6, Geesthacht 6, Schmolln 6, Runnersdorf 6, Mügein d. Birna 6, Neu-Jenburg 6, Hainau 6, Schwemingen 6, Bieberach a. d. R. 6, Herford 3, Koburg 3, Deynhäusen 3, Riegnitz 3, Preußisch Holland 3, Scherubitz 3, Göpenitz 3, Götia 3, Nowawes 3, Glückstadt 3, Ehrenfeld 3, Landsherg a. d. B. 3, Berwalde-Sweifersheim 3, Schwelm 3, Niefa 2,50, Heideberg 2,50, Bevelsberg 2,50, Frankfurt a. d. D. 2,50, Osterode a. S. 2,50, Eggersheim 2,30, Neurußpin 2,25, Durlach 2, Kalk 2, Lundenbach 2, Neustadt a. d. Orla 2, Hausham 2, Nohiau 2, Furtwangen 2, Grimma i. S. 2, Steintor Grabow 2, Kreuznach 2, Regensburg 2, Meerane i. S. 2, Langenwiesen 2, Colmnitz 2, Baritz 2, Sangerhausen 4,65, Meine 4,45, Bünde 4,40, Glashütte 4,30, Neustadt i. M. 4,20, Lauterberg a. Harz 4,15, Vernburg 4, Solingen 4, Anklam 4, Gütrow 4, Lößtau 4, Neuwied 4, Schweidnitz 4, Oldesloe 3,80, Ramenz i. S. 3,60, Burgstädt 3,60, Reichensall 3,60, Suhl i. Th. 3,40, Wab. Albeling 3,40, Mühlheim a. d. D. 3, Bremen 3, Straßund 3, Kebra a. Kyffh. 3, Freiburg i. Schl. 3, Gartha i. S. 3, Offenbach a. M. 3, Schöneberg 3, Lutzenwalde 3, Aue i. Erzgebirge 3, Fehrenheim a. M. 3, Rudolstadt 3, Hamelspringe 3, Schwiebus 3, Preez 3, Pasing 3, Ehlingen 3, Brenzlau 3, Herlichdorf 3, Freising 3, Schöningen-Vestendorf 3, Greiz 3, Gera 3, Schilligheim 3, Mühlhausen i. S. 2, Torgau 2, Gr. Ottersleben 2, Schierstein 2, Quedlinburg 2, Donauerschingen 2, Rehl 2, Obernhau 2, Geitheim 1,75, Osterwief a. S. 1,60, Eberswalde 1,50, Oberramstadt 1,50, Driesen 1,50, Eßingen 1,50, Gr.-Schönau 1,50, Lindow i. d. Mark 1,45, Lindau i. Vodensee 1,40, Markschorgast 1,20, Kahla 1,20, Neutlingen 1, Eisenberg 1, Siarnberg 1, Bürgel 1, Schalbing 1, Summa M. 463,95, wofür wir den Zahlstellen unseren besten Dank abstaten und werden andere Unterstützungsfälle gerne berücksichtigen. Da der Kollege bereits gestorben ist, schließen wir die Sammlung.

J. N.: Gustav Nickel. Anmerkung der Redaktion. Wir werden in Zukunft den Raum der „Holzarbeiter-Zeitung“ zur Erstattung derartiger Quittungen nicht mehr zur Verfügung stellen, wie wir gegenüber derartigen Sammlungen einzelner Zahlstellen zur Unterstützung kranker etc. Kollegen auf den auf dem Nürnbergerverbandsstag angenommenen Beschluß hinweisen, wonach Sammlungen zu Unterstützungszwecken seitens einzelner Zahlstellen an anderen Orten nicht vorgenommen werden dürfen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse deutscher Korbmacher.

(S. S. 98, Zeit.)

Bekanntmachung.

Nach § 42 des Statuts wird hiermit die 7. ordentliche Generalversammlung genannter Kasse auf Montag, 27. Mai 1901, Vormittags 11 Uhr, und folgende Tage nach dem Restaurant „Stadt Hannover“ in Leipzig, Seeburgstraße 25/27, einberufen. Die Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt später und wird zunächst auf § 42 Absatz 4 verwiesen. Der Vorstand hat mit Zustimmung des Ausschusses nach § 41 Abs. 3 des Statuts folgende Zahlstellen in Wahlabtheilungen (Bezirke) geordnet: 1. Berlin und Zeitz je zwei Abtheilungen; Brandenburg, Dresden, Mühlberg, Fürstentum und Themar je eine Abtheilung. Ferner werden zu je einer Abtheilung zusammengelegt: Hamburg und Gröppeligen; Koburg und Kronach; Ansbach und Rothenburg; Chemnitz, Halle und Düber; Magdeburg und Schönebeck; Neuzelle, Riegnitz und Oswitz; Leipzig, Deberan, Grimma und Croßen; Oranienburg, Lutzenwalde und Greifenhagen; Erfurt und Alten. Die Wahlere haben von Sonnabend, den 2. März, bis Sonnabend, den 16. März d. J., stattzufinden. Die Wahlergebnisse sind mit Stimmzettel bis Donnerstag, den 21. März, beim Hauptvorstande einzureichen. Beschwerden gegen die Gültigkeit derselben sind ebenfalls bis zum 21. März zu erheben und zu begründen. Später eingehende Beschwerden bleiben unberücksichtigt. Wahlvorschriften: Jede Zahlstelle hat ein genaues Protokoll über die Wahlhandlung und die abgegebenen Stimmen aufzunehmen und mit dem Ergebnis einzufenden. Die Wahl der Delegirten ist eine geheime und ist mittelst Stimmzettels in dem von der Ortsverwaltung zu bestimmenden Lokale an einem bestimmten Tage während bestimmter Stunden vorzunehmen. Das Einholen der Stimmen durch Zettel oder Listen, sowie die Abgabe der Stimme durch Dritte ist unzulässig. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften ziehen ohne Weiteres die Ungültigkeit der Wahl nach sich. Bei erforderlichen Stichwahlen erfolgt weitere Bekanntmachung. Anträge, welche auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, sind bis spätestens den 12. April beim Hauptvorstand einzureichen. Zeitz, den 10. Februar 1901. Für den Vorstand: Für den Ausschuß: Herm. Wolf, Vorsitzender. Herm. Paulus, Vorsitzender.

Verammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 A.)

Düsseldorf. Dienstag, den 6. März, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Modellschreiner. Samstag, den 2. März, Abends 9 Uhr, bei Gillinghagen, Köhnerstr. 26.

Eisenberg. Sonnabend, den 9. März.

Elberfeld. Am Montag, den 4. März, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Gr. Klobbahn 26.

Görlitz. Sonnabend, den 9. März, Abends 8 Uhr, im „Waldweg“. L.-D.: Besprechung der örtlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Geschäftliches, Aufnahmen und Fragekasten. Die Ortsverwaltung.

Schöneberg. Donnerstag, den 7. März, Brunnenstr. 110, bei Obst.

Wernigerode. Sonnabend, den 9. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei W. Stürmer, „Stadt Stolberg“.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Gräfenroda i. Th. Bevollm. Friedrich Richter, Waldstraße 26. Kassierer Wilhelm Brühl, Schulgasse 2 qu. Lehrender zählt die Mitgliedschaft von 7-9 Uhr aus. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Karl Frank, Seibengasse 48. Herberge Wächterscher Gasthof, Dürckstr. Wir bitten die durchreisenden Kollegen, das Verkehrslokal aufzusuchen.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Herm. Tschirner, 49 Jahre, gest. an der Proletarierkrankheit zu Freiburg i. Schl.

Friedrich Püschel, 47 Jahre, gest. nach langer Krankheit zu Quolsdorf, Kr. Vollenhain.

Friedrich Störck, Schreiner, geb. am 8. 5. 58, gest. am 18. 2. 1901 an einer Operation zu Darmstadt.

Wilhelm Lundberg, Tischler, geb. 28. 8. 78, gest. 5. 2. 1901 zu Hensburg.

Ehre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Kollege Gannal, wo bist Du? [80 A] Waldmann, Ravensburg, Kanne.

Kollege Thomas Zietker, Stellmacher, gib mir Nachricht von Deinem Aufenthalt. Franz Wittmann, Wagner, Kaiserstr. (Wolz), Marktstraße.

Kollege Louis Saure, alte Buch-Nr. 181 025, wird ersucht, seine Adresse an den Unterzeichneten einzusenden. Kollegen, welchen der Aufenthalt des S. bekannt ist, bitte ich, mir diesen umgehend mitzutheilen. A. Arzt, Vermelstücken, Friedrichstr. 24.

Ortskrankenkasse Nr. IX zu Görlitz.

Montag, den 11. März, Abends 8 Uhr, im Saale des „Waldweg“, Rauschwaldstr.:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kassaprüfer. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Krankenkassendirektion. 4. Geschäftliches.

Görlitz, den 24. Februar 1901. Der Vorstand. NB. Im Erkrankungsfall werden die Mitglieder ersucht, den § 26 des Statuts zu beachten. D. D.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Freiburg i. Schl. Sonnabend, 16. März:

Stiftungsfest,

bestehend in Theater und Tanz, im Saale des „Gasthof zum Buchwal“. Eintritt 30 A, eine Dose frei, jede weitere Dose 20 A, Tanzkarte 50 A. Die Kollegen der umliegenden Orte werden hierzu freundschaftlich eingeladen.

Das Comité.

Ein Schreiner auf besserer Möbel, nur Bestenarbeit, selbständige Kraft, mögen sich melden. Gebz. Legram, Landstraße (Piel).

Suche auf sogleich einen tüchtigen Tischler auf Bauarbeit bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.

L. Bernhard, Duderstadt.

8 tüchtige Kastenmacher für sofort gesucht. Wilh. Mengelbier & Sohn, Hofwagenfabrik, Nachen.

Gesucht sofort tüchtige Korbmacher auf Fischkörbe. O. Ficke, Oldenburg i. Grodh.

Gesucht 8 tüchtige Arbeiter auf Geschlagen bei gutem Akkordlohn per sofort. Genossenschaft Wittitz (Bayern).

1 Korbmacher auf grüne und weiße geschlagene Arbeit gesucht. F. Siebel, Korbmachernstr., Straßburg.

Zwei tüchtige Korbmacher auf geschlagene Arbeit bei hohem Lohn gesucht. A. Wieck, Grewelin b. Zehdenick.

Gesucht tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit. Emil u. Wilh. Schrader, Hamburg, Erste Neumannstr. 23.

Gesucht per sofort 2 geliebte Korbmacher für gefärbte und bessere Rohrmöbel bei hohem Lohn. Dauernde Beschäftigung. Fr. Drescher, Basel (Schweiz).

Gesucht 15 bis 20 tüchtige Korbmacher auf Rohrarbeit. J. H. W. Heitmann, Hamburg, Antonstr. 12.

Gesucht sofort ein tüchtiger Korbmacher auf Rohrarbeit. G. Borgwardt, Blumenthal b. Bremen.

1 Bärkenmachergehülfe findet dauernde Beschäftigung bei Franz Kaiser, Abn.-Rüped.

Zuverlässiger Bärkenholzbohrer auf Akkord gesucht. Fr. Hahn, Bärkenbläserfabrik, Regensburg i. Bayern.

Korkbranche.

Tüchtige Zu- und Sandbrunnschneider zu sofort. Eintritt, bei hohem Lohn, gesucht. Bayerische Korkfabrik, München 5.

Für e. Tischler

ist in einer Stadt des bairischen Oberlandes mit 2000 Einwohnern ein geeignetes Haus um den Preis von M. 10000 unter günstigen Kaufbeding. feil, wobei bemerkt wird, daß für einen tüchtigen Fachmann gute Existenz geboten wäre. Offert. unt. Th. N. 107 an die Expedition d. Blattes.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, gefertigt und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lange Mühlgraben 88/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenwaare führe ich nicht).

Als Spezialität versende gegen Nachnahme für Möbeltischler, franco zu M. 7,50:

Dübeleisen, gezahnt, 8, 10, 12, 14, 16, 18 mm, mit echten amerikanischen Dübelbohrern.

Ernst Trimpop, Reimscheid-Saßen.



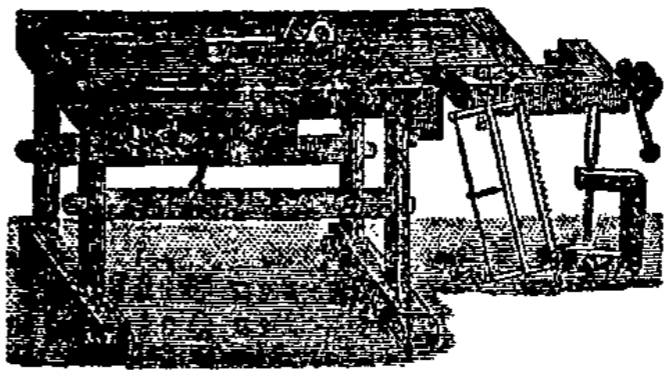
Gratis und franko erhält Jeder meinen Pracht-katalog mit 2000 Abbild. v. Messern, Scheren, Messern, Feinwerkzeugen, Gold- u. Lederwaren u. Empfehle unübertriffen. Silberstahl-Kassmesser m. Ein- u. M. 2, bezgl. Diamantstahl M. 3. Prima Stahl-Fanshaltungsschere, 6 Zoll, 65 A gegen Nachnahme oder vorherige Kassa.

Fritz Hammesfahr, Stahl-Fabrik, Folge-Solingen.

Fachschriften u. Lehrbücher für Handwerker-Gewerbetreibende. J. H. Sassenbach, Buchverlag, Berlin.

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl. Zeichnen, Werklehre, Maßlehre.

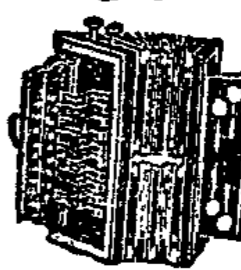
Tischler-Fachschule Detmold Drei- und sechsmonatlicher Kurse. Eintritt täglich. Besondere Ausbildung.



Tischlerwerkzeuge, Hobelbänke. Titus Axen, Altona. Preislisten gratis und franko.

Konzert-Mundharmonika, prachtvoll in Ton u. Ausstattung, Messingplatten, Decken gravirt u. aufgeschraubt, 80- u. 96tönig, 2 Seiten z. spielen. Mit 48 Tönen Std. M. 1,20, u. 80 Tönen M. 1,90, mit 96 Tönen M. 2,20. Diese Harmonikas sind auf's Feinste abgestimmt u. z. Spielen der kompliziertesten Musikstücke, wie Opern, Märsche etc., eingerichtet. Gebe diese Harmonika 8 Tage zur Probe und nehme sie unbedingt zurück. B. Fischer, Oera (H.), Friedrichstr. 6.

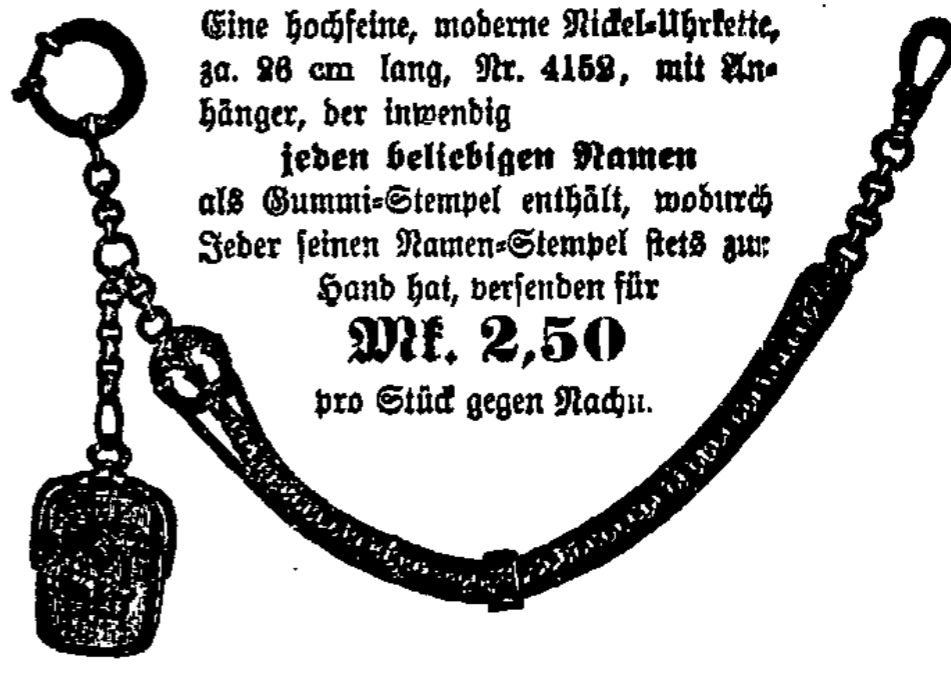
Geld verdienen



Können Sie, wenn Sie Ihren Beruf in einem Columbia-Apparat bei und neben Ihrer gewöhnlichen Tätigkeit mit gewöhnlich geschulten Menschen, 85 cm hoch, mit 10 Tasten, 2 Registern, 2 Klappen, 2 dreistimmigen Klappen Doppelklappen, Gesangsnoten, zu halten, Klappen besten Schallens, besserer Klaviatur, daher härteren Ton, kosten in 2 Stunden bis M. 4,50, 3 Störige M. 6, 4 Störige M. 7,50, 6 Störige M. 11,50, 8 Störige mit 19 Tasten, 4 Klappen 9,50, mit 21 Tasten M. 10. Mit besserer Teemalanda-Einrichtung 50 Pfg. mehr, mit Klapp 80 Pfg. extra. Versand gegen Nachnahme, Porto 80 Pfg., Selbstlernschule gratis. Kein Risiko, Austausch oder wenn unsere Instrumente nicht gut ausfallen. Musterliste Preisliste gratis und franko. Bestellen Sie nur bei Herfeld & Co., Neuenrade No. 288, Westfalen. Täglich größte Harmonikafabrik am Platze.

Geld zurück, ausfallen. Musterliste Preisliste gratis und franko. Bestellen Sie nur bei Herfeld & Co., Neuenrade No. 288, Westfalen. Täglich größte Harmonikafabrik am Platze. Kl. Fuchs Schwanz, 2 Stück M. 1,80, Wiedervert. Rabatt. G. Wiendl, München, Baarstr. 78a.

Uhrkette mit Medaillon-Stempel.



Eine hochfeine, moderne Nickel-Uhrkette, 2a. 28 cm lang, Nr. 4152, mit Anhänger, der inwendig jeden beliebigen Namen als Gummi-Stempel enthält, wodurch Jeder seinen Namen-Stempel stets zur Hand hat, versenden für M. 2,50 pro Stück gegen Nachn.

Hauptkatalog mit 2000 Abbildungen unserer sämtlichen Waaren versenden umsonst und portofrei.

E. von den Steinen & Cie., Wald 34, bei Solingen, Stahlwaarenfabrik und Versandhaus.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch almahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpulieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwoiken u verhindert unt Garantie d. Oelausschlagen Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rektifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1899.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.